

16. Wahlperiode

3. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 23. November 2006

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Geschäftliches		zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder	
		Drs 16/0054	135
Ausgeschiedene Abgeordnete		Antrag: Flughafen Tempelhof: Durch Planfeststellungsverfahren rechtssicher schließen und zukunftsfähig entwickeln	
Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (CDU) ...	113	Drs 16/0056	135
Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne)	113	Antrag: Auch illegale Geschäfte unterliegen der Steuerpflicht – Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung von Straftätern	
Nachgerückte Abgeordnete		Drs 16/0059	135
Joachim Luchterhand (CDU)	113	Antrag: Nach dem Karlsruhe-Urteil (IV): Den Verkauf der WBM haushalts- und stadtentwicklungspolitisch nutzen	
Stefan Ziller (Grüne)	113	Drs 16/0060	135
Konsensliste		Antrag: „Architektonische Leuchttürme“ für Berlin	
Aktuelle Stunde	135	Drs 16/0061	135
I. Lesung: Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für die Kalenderjahre 2007 bis 2011 und des Steuersatzes für die Grunderwerbssteuer		Wahl und Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin	
Drs 16/0042	135	Michael Müller (SPD)	113, 130
Wahl von zwei Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Gewerkschaften zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Freien Universität Berlin sowie deren Stellvertreter/-innen		Dr. Friedbert Pflüger (CDU)	115
Drs 16/0053	135	Carola Bluhm (Linksfraktion)	119
Beschlussempfehlung: Nach dem Karlsruhe-Urteil: Senat muss umfassende Konsolidierungsmaßnahmen einleiten und einen Nachtragshaushalt 2007 vorlegen!		Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)	122
Drs 16/0046	135	Dr. Martin Lindner (FDP)	126
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 3 VvB: Entwurf des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch		Ergebnis	136
		Vereidigung der übrigen Mitglieder des Senats	131
		Ergebnis	136

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
 Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin. Telefon: 661 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Prioritäten gem. § 59 der Geschäftsordnung**Antrag****Bei der Sanierung der Staatsoper darf der Wowerit-Senat nicht länger kneifen**

Drs 16/0057 133

Antrag**Nachtragshaushalt 2007 vorlegen!**

Drs 16/0055 133

Antrag**Nach dem Karlsruhe-Urteil (III): Verkauf der GSG einleiten!**

Drs 16/0062 133

Wahlen**von vier Personen des öffentlichen Lebens zu Mitgliedern des Rundfunkrates des Rundfunk Berlin-Brandenburg**

Drs 16/0025 133

Ergebnis 136

der Mitglieder der G-10-Kommission des Landes Berlin

Drs 16/0066 133

Ergebnis 136

Dringliche Beschlussempfehlung**Vermögensgeschäft Nr. 17/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Drs 16/0072 134

Beschluss 137

Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB

Drs 16/0052 134

Anträge**Auch illegale Geschäfte unterliegen der Steuerpflicht – Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung von Straftätern**

Drs 16/0059 134

Verleihung der Berliner Ehrenbürgerwürde an Wolf Biermann

Drs 16/0036-Neu 134

Präsident Walter Momper eröffnet die Sitzung um 13.03 Uhr.

Präsident Walter Momper:

Ich eröffne die 3. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste, unsere Zuhörer sowie die Medienvertreter und alle anderen sehr herzlich.

Geschäftliches: Frau Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski von der Fraktion der CDU und Frau Dr. Sibyll-Anka Klotz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben am 17. November 2006 ihr Mandat niedergelegt. Am 20. November 2006 ist für Frau Richter-Kotowski Herr Joachim Luchterhand nachgerückt. – Herr Luchterhand! Herzlich willkommen! Auf eine gute Zusammenarbeit!

[Allgemeiner Beifall]

Für Frau Dr. Klotz ist Herr Stefan Ziller nachgerückt. – Herzlich willkommen, Herr Ziller! Auf eine gute Zusammenarbeit hier im Abgeordnetenhaus!

[Allgemeiner Beifall]

Ich möchte wieder auf die Ihnen vorliegende Konsensliste hinweisen. Sofern sich hiergegen kein Widerspruch erhebt, gelten die Überweisungen bzw. die Hinweise zum weiteren Verfahren als beschlossen.

Sodann rufe ich unter der

lfd. Nr. 1:

Wahl und Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

auf. Hierzu liegt mir bereits seit Montag ein Schreiben des Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Herrn Müller, vor, das ich jetzt verlese:

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Namen der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei des Abgeordnetenhauses von Berlin schlage ich Herrn Klaus Wowereit für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vor.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Müller

Vorsitzender

Für die erbetene Aussprache hat sich der Ältestenrat auf eine Redezeit von bis zu 20 Minuten pro Fraktion verständigt. In der Aussprache beginnt die Fraktion der SPD in Person des Vorsitzenden. – Herr Müller! Sie haben das Wort.

Michael Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Abgeordnetenhaus wählt heute den Regierenden Bürgermeister, und man kann bezweifeln, ob eine Debatte vor der Wahl eines Regierungschefs und bevor eine Regierung ihre Arbeit aufgenommen hat, eine sinnvolle Sache ist. Schaut man auf die Bundesebene und auf die Länder, die größ-

tenteils anders verfahren, werden diese Zweifel genährt. Aber nun haben wir im Berliner Abgeordnetenhaus diese Debatte, und wir stellen uns ihr gern, denn wir haben mit Klaus Wowereit einen hervorragenden Regierenden Bürgermeister und ein Regierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre, das unsere Stadt spürbar voranbringen wird.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir hatten schon zu Beginn der letzten Legislaturperiode sehr schwere Rahmenbedingungen, und ohne die Einleitung des überfälligen Mentalitätswechsels hätten wir nicht die Erfolge zu verzeichnen, auf die wir durchaus ein wenig stolz sein können. Berlin ist ein ganzes Stück weiter – in der Finanzpolitik, in der Bildungspolitik, aber auch bei der inneren Einheit der Stadt. Dazu hat gerade der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit maßgeblich beigetragen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Natürlich haben auch die anderen Mitglieder des Senats für Berlin in den letzten fünf Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet, für die ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanke, insbesondere bei Klaus Böger, Karin Schubert und Thomas Flierl.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Rot-Rot wird auch in den nächsten fünf Jahren mit einem guten Team arbeiten. Die künftigen Senatsmitglieder sind Persönlichkeiten mit Lebens- und politischer Erfahrung und verfügen in ihren Sachgebieten über ein besonderes Profil. Es wird ein Senat mit einem Regierenden Bürgermeister an der Spitze sein, der mit Zuversicht, Optimismus und Kompetenz an die Arbeit geht und der die Potenziale der Stadt aktivieren wird.

Durch unsere Entscheidungen der letzten fünf Jahre haben wir die Voraussetzungen für die politische Gestaltung dieser Legislaturperiode geschaffen. Die Koalitionsvereinbarung von SPD und Linkspartei ist dafür eine ausgezeichnete Grundlage. Der Weg, den wir ab 2002 beschritten haben, war nicht einfach, weil wir auch Veränderungen in den Köpfen erreichen mussten. Es mussten einschneidende strukturelle Maßnahmen ergriffen werden, um den Weg aus der Schuldenfalle zu finden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir es uns nicht leicht gemacht. Das gilt für viele Bereiche, für viele Strukturveränderungen in den Bereichen der Hochschulen, der Kultur, für den sozialen Wohnungsbau und insbesondere für den öffentlichen Dienst. Aber ein Ergebnis dieser Politik ist, dass wir für das Jahr 2007 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Ohne den eingeleiteten Mentalitätswechsel, ohne die strukturellen Einsparungen wäre dies nicht möglich gewesen. Wir haben damit die einzig richtige Antwort auf die Lage einer Stadt gegeben, in der sich bis dahin viele etwas vorgemacht haben.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir werden den Weg der Haushaltskonsolidierung – das will ich besonders betonen – selbstverständlich konsequent fortsetzen und unsere Steuermehreinnahmen in die Reduzierung der Kreditaufnahme stecken, um so Schritt

Michael Müller

für Schritt aus der Schuldenfalle zu kommen, um politische Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen und um die Stärken der Stadt ausbauen und finanzieren zu können. Darum geht es in der Finanzpolitik.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

– Es ist schön, an der Stelle wenigstens von Frau Fugmann-Heesing Beifall zu bekommen! –

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die Hauptstadt Berlin, die Visitenkarte Deutschlands, leistet selbstverständlich einen großen Beitrag für die Repräsentation des Gesamtstaates nach innen und außen. Für Berlin ist es ein ganz wichtiger und großer Schritt, dass die Rolle Berlins und die Verpflichtungen des Bundes endlich im Grundgesetz verankert wurden. Die Initiative von Klaus Wowereit war erfolgreich, sein beharrliches Engagement an der Stelle hat sich für Berlin gelohnt. Die Hauptstadtklausel gewinnt für Berlin – insbesondere nach dem Karlsruher Urteil – eine noch größere Bedeutung. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine bittere Niederlage für die Stadt. Aber die Klage war notwendig, und es war unsere Pflicht gegenüber den Berlinerinnen und Berlinern, auch die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die zu einer Verbesserung der finanziellen Lage Berlins beitragen können. Es ist selbstverständlich, dass wir nach diesem Urteil darauf drängen, dass in Deutschland endlich eine Debatte darüber geführt werden muss, was dem Bund und den Ländern ihre Hauptstadt wert ist. Es ist absolut richtig, wenn der Regierende Bürgermeister in dieser Situation selbstbewusst die Interessen der Hauptstadt vertritt.

[Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Die Berlinerinnen und Berliner erwarten dieses Engagement,

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

und es müsste eine Selbstverständlichkeit sein, dass dieses Haus den Regierenden Bürgermeister bei diesen Interventionen und Aktivitäten unterstützt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Berlin hat als Hauptstadt und als europäische Metropole deutlich an Ansehen und Sympathie gewonnen,

[Gelächter bei den Grünen –
Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

auch wenn das nicht alle Ministerpräsidenten gerne zur Kenntnis nehmen. Man muss sich in der Stadt nur einmal umsehen,

[Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

dann sieht man, wie viele begeisterte Menschen zu uns kommen.

[Zurufe von den Grünen]

Als eines der einflussreichsten politischen Zentren der Europäischen Union und durch sein kulturelles Erbe ist Berlin inzwischen eine der meistbesuchten Metropolen des Kontinents. Die Stadt ist ein bedeutender Verkehrs-

knotenpunkt und ein wichtiges Wirtschafts-, Kultur- und Bildungszentrum Deutschlands. Herausragende Institutionen wie die Universitäten, Forschungseinrichtungen, Theater, Museen, aber auch Festivals sowie die Architektur Berlins genießen Weltruf.

Ein kürzlich veröffentlichter Innovationsindex belegt, dass Berlin im EU-Vergleich mit einem hervorragenden zweiten Platz zu den innovationsstärksten Standorten Europas gehört. Berlin ist eine Hightech-Hochburg mit den Kompetenzfeldern Biotechnologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie, Verkehrstechnik und Gesundheitswirtschaft. Wir haben die Wirtschaftsförderung insbesondere auf diese Bereiche zugeschnitten; allein 100 Millionen € Fördermittel kommen ihnen jährlich zugute. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir konsequent auf diese Cluster und Kompetenzfelder gesetzt. Das Konzept von Adlershof und den anderen Technologiezentren ist aufgegangen und wird auch in Zukunft eine Erfolgsgeschichte sein – immer neue Unternehmensansiedlungen in Adlershof sind ein weiterer Beweis. Ausschlaggebend für die Standortentscheidung ist die Verbindung mit der bestehenden Struktur des Wirtschafts-, Forschungs- und Wissenschaftsstandortes Adlershof. Es ist wichtig, der Wirtschaft Perspektiven zu bieten, gerade nach Karlsruhe ist es umso notwendiger, neue wirtschaftspolitische Perspektiven für neue innovative Arbeitsplätze zu entwickeln. Wir brauchen neben der klassischen Industrie neue Produktionen. Wir sind eine investorenfreundliche Stadt, und wir werden daran arbeiten, noch mehr Investoren in diese Stadt zu bekommen. Zur Haushaltskonsolidierung kann man nicht nur auf die Ausgaben schießen; wichtig ist die Einnahmenseite, wichtig ist es, weitere neue zukunftsfähige Arbeitsplätze in unsere Stadt zu bekommen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Deswegen ist es absolut richtig, Berlin auch als eine Stadt des Wissens weiterzuentwickeln. Ich bin sicher, dass der künftige Bildungs- und Wissenschaftssenator der richtige Mann ist, um dem Standort Berlin neue Impulse zu geben und den eingeschlagenen Weg dynamisch fortzusetzen. Berlin will mit seiner Wissenschaftslandschaft glänzen, und dafür haben wir einen glänzenden Kopf nach Berlin geholt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Beifall von Dr. Manuel Heide (CDU)]

Dem Flughafen BBI werden Milliardeninvestitionen in die Region und Tausende Arbeitsplätze folgen. Einer neuen Studie zufolge, die in dieser Woche veröffentlicht wurde, hat der Flughafen alle Chancen, ein großer Erfolg zu werden, nicht zuletzt, weil die Hauptstadt immer noch große Chancen hat, das Drehkreuz in Richtung Osteuropa zu werden. Die Studie hält auch das Erreichen von mehr als 20 Millionen Passagieren pro Jahr für möglich. Die ursprünglich für 2010 anvisierte Zahl von 15 Millionen Übernachtungen ist bereits jetzt erreicht, und erneut sind zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen. Mit diesem Ergebnis nimmt Berlin heute Platz 1 in Deutschland und Platz 3 in Europa hinter London und Paris ein. Diese

Michael Müller

Entwicklung zeigt das Potenzial der Stadt und ist nicht zuletzt dem Regierenden Bürgermeister zu verdanken, der seit seiner Amtsübernahme ein exzellenter Berlinbotschafter im In- und Ausland ist und überall für Berlin und diesen Investitionsstandort wirbt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Trotz aller Sparanstrengungen nimmt die Koalition ihre soziale Verantwortung wahr. Die beiden Koalitionsparteien haben sich schon in der letzten Legislaturperiode bewusst dafür entschieden, neben den Schwerpunkten in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik all das zu finanzieren, was für den sozialen Zusammenhalt und für das Zusammenleben in unserer Stadt wichtig ist – in den Bereichen des Quartiersmanagements, der Integrationspolitik. Es ist uns wichtig, wie sich unsere Bezirke entwickeln. Aber damit nicht genug: Bei der Bildung wird es eine noch bessere Ausstattung geben als bisher.

[Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)]

Dazu gehören z. B. auch die gebührenfreie Kitajahre. Der Regierende Bürgermeister hat für sein Versprechen, gebührenfreie Kitaplätze einzurichten, viel Kritik einstecken müssen, aber dieses Versprechen wird nun eingelöst. Berlin ist damit bundesweit Vorreiter, und die Koalition hat nicht nur eine bundesweit geführte Debatte aufgenommen, sondern damit auch für diese Stadt ein richtiges bildungspolitisches Signal gesetzt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die rot-rote Koalition und der Senat haben in den vergangenen fünf Jahren entscheidende Weichen für die Zukunft der Stadt gestellt. Ich habe einige Beispiele für die Schwerpunkte unserer zukünftigen Arbeit genannt. Auf der Basis unserer Koalitionsvereinbarung wird die jetzt beginnende Legislaturperiode im Zeichen wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Verantwortung stehen. Klaus Wowereit ist der Garant für diese Politik, und die SPD-Fraktion wird ihn zum Regierenden Bürgermeister wählen. Der neue Senat ist eine gute Mischung aus bewährten und neuen Kräften, mit großer Fachkompetenz und Durchsetzungsfähigkeit. Die Koalition wird die neue Regierungsmannschaft bei ihrer Arbeit für die Interessen der Stadt mit aller Kraft unterstützen. – Vielen Dank!

[Langanhaltender Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Müller! – Nun hat der Kollege Dr. Pflüger, der Fraktionsvorsitzende der CDU, das Wort. – Bitte schön, Herr Dr. Pflüger!

Dr. Friedbert Pflüger (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 17. September hat Klaus Wowereit vom Souverän den Regierungsauftrag erhalten. Er hat sich entschieden, diesen mit der Partei PDS/Die Linke wahrzunehmen. Er hat das ohne Not getan, im Wissen um mögliche Alternati-

ven. Das ist sein demokratisches Recht. Aber Herr Wowereit trägt auch die volle Verantwortung für die politischen Folgen. Wir glauben, dass die Fortsetzung der rot-roten Koalition für unsere Stadt verheerend ist.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Aber wir sagen auch: Herr Wowereit, wenn Sie heute erwartungsgemäß gewählt werden, wünschen wir Ihnen und Ihren Senatoren angesichts der enormen Probleme unserer Stadt im Interesse Berlins eine glückliche Hand.

Auch als Oppositionsabgeordnete tragen wir Verantwortung für die ganze Stadt. Ich wiederhole unsere Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit. Sie sind darauf bisher nicht eingegangen, obwohl kaum vorstellbar ist, wie Sie angesichts der Größe der Probleme mit Ihrer denkbar kleinen Mehrheit diese Stadt regieren wollen. Sie halten ein konstruktives Zugehen auf die Opposition offenbar für ein Zeichen der Schwäche – ganz anders ein großer Regierender Bürgermeister unserer Stadt, Willy Brandt. Er sagte in seiner ersten Regierungserklärung am 17. Oktober 1957:

Ich werde mich stets bemühen, den Rat und die Unterstützung auch der Opposition zu erlangen, besonders wenn es gilt, Gesamtberliner Interessen zu wahren.

Neben der Zusammenarbeit und der konstruktiven Mitarbeit ist es auch Aufgabe der Opposition, eine Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren, mit ihr um den rechten Weg zu streiten. Auch diese Aufgabe nehmen wir ernst. Deshalb möchte ich heute vor dem Hintergrund Ihrer Reaktionen auf das Karlsruher Urteil und die Koalitionsvereinbarung folgende Kritikpunkte ansprechen:

Erstens: Herr Regierender Bürgermeister! Sie verweigern die Einsicht in den Ernst der Lage. Sie reden die Lage schön. Sie wursteln mit Ihrer Koalition weiter, anstatt ernsthafte Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil zu ziehen.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Berlin hat in seiner Geschichte schon viele Krisen bewältigt: Sieg über die Schweden

[Heiterkeit –
Beifall von Lars Oberg (SPD)]

bei Fehrbellin, der Siebenjährige Krieg, die Besetzung der Stadt vor 200 Jahren durch Napoleon. Berlin hat Hitler überlebt, die Bombennächte des Zweiten Weltkriegs, den Mauerbau, das Chruschtschow-Ultimatum, die Verschärfung des Ost-West-Konflikts in den 80er Jahren. Wir haben große Krisen immer wieder bewältigt. Jetzt haben wir eine andersgeartete Krise. Sie ist nicht so manifest.

[Zuruf von Wolfgang Brauer (Linksfraktion)]

Vielen erscheint sie gar nicht präsent. Es ist die große Gefahr, dass sich dieses Übel von innen her, durch immer höhere Schuldenlast, durch immer größere Auszehrung, durch immer größere Arbeitslosigkeit wie eine Krankheit

Dr. Friedbert Pflüger

langsam im Organismus in Berlin ausbreitet und Berlin lähmt.

[Zuruf von der SPD: Dank Herrn Landowskys!]

Sie verweigern eine ehrliche Diagnose über diese Art von Krise. Das aber wäre die Voraussetzung dafür, dass der Körper seine Kräfte mobilisiert und die Krankheit an den Wurzeln bekämpft wird. Unsere Krankheit besteht in einem gigantischen Schuldenstand von über 60 Milliarden €. Das sind so viele Schulden, wie Peru, Ecuador, die Dominikanische Republik, El Salvador, Paraguay, Honduras, Costa Rica, Nicaragua und Guatemala zusammen haben.

[Zuruf von der SPD: Aber mehr Export als Irland! – Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Eine gigantische Verschuldung dieser Stadt. Der Berg wächst ständig an. 20 Milliarden € Schulden haben sie in den letzten fünf Jahren zusätzlich gemacht. Am Ende der Legislaturperiode werden wir bei wahrscheinlich 70 Milliarden € sein. Gleichzeitig beziehen in Berlin nur noch weniger als 40 % der Menschen ihr Einkommen aus Erwerbsarbeit.

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Jeder zweite Berliner lebt von Sozialtransfers. Der Gewerbeertrag unserer Stadt ist geringer als der von Bielefeld, obwohl wir zehnmal so groß sind.

In den Krisensituationen der Vergangenheit haben wir große Persönlichkeiten gehabt, die uns aus der Krise geführt haben.

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion):
Wie Diepgen, Landowsky!]

Sie waren dem Ernst der Lage gewachsen, sprachen über alle Grenzen von Generationen und politischen Lagern die ganze Stadt, das ganze Land an. Sie appellierten an Gemeinsinn und Patriotismus, an Solidarität und Zuwendung zu den Menschen. Sie mobilisierten Abwehrkräfte gegen die drohende Gefahr nach dem Motto: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst.“

[Zuruf von der SPD: Oh!]

Ein wenig vom Geist des Patriotismus hatten wir bei der Weltmeisterschaft, ein natürliches Nationalgefühl. Das haben wir bei der WM doch alle gemerkt. Schade, dass von diesem Geist so gar nichts in der Koalitionsvereinbarung zu merken ist, nichts von der nationalen Rolle und Aufgabe Berlins. Statt Kräfte zu mobilisieren und gemeinsam und sozial ausgewogen die strukturellen Probleme anzugehen – den zu hohen Staatsanteil, die ausbleibenden Investitionen –, nutzen Sie die Mehreinnahmen aufgrund der konjunkturellen Entwicklungen in ganz Deutschland und sagen: „Weiter so!“

Herr Sarrazin hatte in den letzten fünf Jahren für Ansätze gesorgt. Er hat immer wieder gemahnt, Berlin müsse sich seinen Strukturproblemen stellen, sich vom Landeseigentum trennen, zum Beispiel von Wohnungsbaugesellschaf-

ten. Herr Sarrazin ist mit diesem Ansatz kläglich gescheitert. Die Verhandler in den Koalitionsgesprächen haben ihm schlicht und einfach mitgeteilt: An die Strukturprobleme der Stadt wird nicht herangegangen. Wir nutzen die Mehreinnahmen, um so weiterzumachen wie bisher. – Das ist genau das Problem. Das ist auch der Grund, weswegen Sie es niemals schaffen werden, weitere Solidarität in Bund und Ländern auf diese Weise zu generieren. Sie werden es deshalb nicht schaffen, weil der Wille, die Entschlossenheit nicht erkennbar ist, dass Berlin seine Probleme aus eigener Kraft angeht und beseitigt. Das merken alle anderen und sind deshalb nicht bereit, Berlin ihrerseits zu helfen.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP]

Es ist falsch, Privatisierungen von vornherein für etwas Richtiges zu halten, nach dem Motto: die reine ordnungspolitische Lehre. Das haben wir nie geteilt. Aber es ist genauso falsch, das zu tun, was der Senat sagt: Privatisierungen kommen ideologisch überhaupt nicht in Frage. – Beides dient der Stadt nicht. Beides ist ein Fehler. Wir werden daran gemessen, ob wir in der Lage sind, den Staatsanteil in Berlin anzugleichen an das, was die übrigen Bundesländer machen. Da springt dieser Senat zu kurz.

Damit komme ich zu meinem zweiten Punkt: Herr Regierender Bürgermeister! Sie isolieren Berlin und befördern die Entsolidarisierung mit der Hauptstadt. Die eigene Anstrengung im Sinne des frühen Sarrazin wäre doch die Voraussetzung dafür, auf Bund und Länder zuzugehen und auf weitere Unterstützung zu drängen. Ist es wirklich klug gewesen, in Ihren Äußerungen nach dem Urteil von Karlsruhe, vor dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin und auch jetzt in der Koalitionsvereinbarung dem Bund die Staatsoper, das Stadtschloss, die Kanzlerlinie und – so hat es Herr Sarrazin jedenfalls getan – sogar die Humboldt-Universität vor die Füße zu werfen, nach dem Motto: Entweder übernehmt das, oder diese Projekte sterben?

[Carola Bluhm (Linksfraktion): Ist das nicht ein Textbaustein?]

War es wirklich zu erwarten, dass Frau Merkel, die Kanzlerin, einem solchen Druck nachgibt? Was hätte sie damit für Signale in andere Bundesländer gegeben? So ist Herr Wowereit abgewatscht worden, übrigens nicht von Frau Merkel, sondern zuvor von dem der SPD angehörenden stellvertretenden Regierungssprecher. Der Vorhang sei gefallen, so Herr Steg.

Was ist davon zu halten, wenn Sie sagen, Berlin sei einmal wieder alleingelassen worden? Bund und Länder empfinden das angesichts der fast 6 Milliarden €, die Sie für Berlin aufbringen, als reinen Hohn.

[Zuruf von der Linksfraktion: Das ist unser Recht!]

Ist es klug, diejenigen, die man braucht, so vor den Kopf zu stoßen?

Dr. Friedbert Pflüger

Natürlich ist wahr, dass die Einsicht in die historischen Sonderprobleme Berlins außerhalb unserer Stadt nicht verbreitet ist. Vieles, was in letzter Zeit über Berlin gesagt wurde – da stimmen wir überein –, ist selbstgerecht und kenntnisarm. Aber wenn das so ist, dann muss man auf die anderen zugehen, Vorurteile abbauen, sie überzeugen und nicht wie ein Trotzkopf reagieren, Herr Regierender Bürgermeister.

[Beifall bei der CDU –

Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP –
Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)]

Christian Wulff hat auf die Einladung der Stiftung Zukunft vor zwei Wochen in Berlin eine bemerkenswerte Rede gehalten.

[Lars Oberg (SPD): Eine Menge dummes Zeug hat er gesagt!]

Man kann über die eine oder andere Passage sicher streiten,

[Zuruf von Iris Spranger (SPD) –
Christian Gaebler (SPD): Hannover!]

aber die Rede trug viele konstruktive berlinfreundliche Ansätze. War und ist es wirklich klug, wie Sie jetzt reagieren? War es klug, dass Herr Sarrazin Herrn Wulff als „Großprovinzler von hinter dem Deich“ bezeichnet hat? Schafft man sich so Verbündete?

[Zuruf von der Linksfraktion: Aber absolut!]

Ich hätte es anders gemacht. Ich hätte mich mit Christian Wulff über die eine oder andere Passage gestritten,

[Christian Gaebler (SPD): Sie kennen sich ja!]

aber ich hätte die positiven Punkte in den Vordergrund gestellt. Er hat nämlich von der Faszination Berlins gesprochen, von der Attraktivität der Weltstadt, und er hat mehrfach den Anspruch Berlins auf Solidarität gewürdigt und einen nationalen Entschuldungspakt gefördert. Warum sind Sie da nicht auf ihn zugegangen und haben, anstatt ihn zu beschimpfen, gesagt: Über manche Passagen müssen wir diskutieren, aber was meinen Sie mit Entschuldungspakt? Lassen Sie uns eine gemeinsame Initiative daraus stricken! – Auf diese Art und Weise, Herr Regierender Bürgermeister, hätten Sie reagieren können.

[Beifall bei der CDU –

Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Zu spät!]

Und wenn Sie sagen, das, was Wulff gesagt hat, sei eine Beschimpfung der Berliner mit der Subventionsmentalität, dann kann ich Ihnen nur sagen: Hören Sie einmal, was Herr Speer aus Brandenburg sagt. Er hat weitaus schärfer als Herr Wulff argumentiert. Das war keine Beschimpfung der Berliner, wie Sie es darzustellen versuchen, sondern es war Kritik am rot-roten Senat und der mangelnden Führung, die von diesem Senat in dieser Stadt ausgeht.

[Beifall bei der CDU –

Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP]

Ich glaube aber, dass Sie gar nicht das Interesse hatten, wirklich auf die anderen zuzugehen, sie zu gewinnen und

in langen Gesprächen zu werben zu versuchen, sondern Sie haben einen anderen Weg gewählt, nämlich den Weg, den Herr Lederer als „gallisches Dorf“ bezeichnet hat. Herr Lederer hat gegenüber dem „Tagesspiegel“ im Oktober erklärt, wir seien jetzt das gallische Dorf, einsam und frei. Das ist die Art und Weise, wie Sie versucht haben, auf Karlsruhe zu reagieren, nach dem Motto: Die ganze Welt versteht uns nicht, und nun solidarisiert euch mit Rot-Rot gegen die bösen und verständnislosen anderen.

[Mieke Senftleben (FDP): Leider fehlt der Zaubertrank!]

Doch ich will Ihnen sagen, das ist ein ganz großer Fehler, dieses Bild vom gallischen Dorf und zwar aus folgenden Gründen: Wollen wir wirklich den anderen Deutschen um uns herum vorwerfen, sie seien die Römer, die ein kleines Dorf besetzen, überfallen und beherrschen wollen?

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion):
War gar nicht so schlecht!]

Wo sind die Asterixe? Gehen nicht zu viele Asterixe heraus aus dieser Stadt, weil die Leistungsträger sich anderswo besser fühlen?

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion):
Ihr von der CDU habt nur Idefixe!]

Haben nicht zu viele Obelixe in dieser Stadt Pleite gemacht und verkaufen keine Hinkelsteine mehr, sondern beziehen Hartz IV? Vor allen Dingen aber: Wo ist der Zaubertrank, wo ist der Miraculix in dieser Stadt?

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Ich glaube, es ist ein schwerer Fehler, sich auf diese Positionen zurückzuziehen und zu sagen: Wir sind das kleine, arme gallische Dorf. Nein, wir sind eine große Stadt mit fantastischen Potenzialen, und wir müssen die anderen überzeugen und mitnehmen.

[Zuruf von Carola Bluhm (Linksfraktion)]

Wir müssen unseren Teil leisten, um Berlin zu sanieren, dann können wir auch auf die anderen zugehen. Dann werden die anderen uns mehr noch als bisher unterstützen.

Hören Sie, was dagegen Thomas de Maiziere heute in der „Berliner Zeitung“ sagt, Herr Regierender Bürgermeister: Er warnt Sie im Namen der Bundesregierung, über Zusatzforderungen das bisherige Engagement des Bundes für Berliner Kultureinrichtungen zu gefährden. – Ich freue mich über solche Äußerungen nicht,

[Zuruf von der SPD]

aber Sie sollten sie als echtes Alarmsignal empfinden und nicht hämisch darüber lachen. Es ist keine gute Botschaft, wenn sich das ganze Land mit ihrer Politik und damit leider auch mit unserer Hauptstadt entsolidarisiert. Das ist gefährlich, das wollen wir ändern.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Dr. Friedbert Pflüger

Durch die Art Ihrer Reaktion, die Tonlage Ihrer Forderungen haben Sie Berlin geschadet und all denen, die unsere Stadt nicht besonders mögen, neue Vorwände geliefert. Sie haben die Entsolidarisierung mit unserer Hauptstadt vorangetrieben.

Ein dritter Punkt: Ich glaube, Herr Regierender Bürgermeister, dass Ihrem Senat der Kompass fehlt, dass Sie etwas von dem Koordinatensystem verrücken, das alle anderen Regierenden Bürgermeister in Berlin unantastbar als Wertesystem dieser Stadt überlebt hat.

[Zuruf von Ülker Radziwill (SPD)]

Es gibt bei Ihnen in der Koalitionsvereinbarung eine umfangreiche Passage zum Rechtsextremismus. Das ist gut und wichtig, denn wir alle – das haben wir in einer gemeinsamen Demonstration im Märkischen Viertel gezeigt – bekämpfen jede Form von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Das hat in Berlin nichts zu suchen. Da sind sich alle Demokraten dieser Stadt einig.

[Allgemeiner Beifall]

Warum ist Weimar zugrunde gegangen? – Nicht weil es zu viele Nazis, sondern weil es zu wenig Demokraten gab. Die, die es gab, lagen im Kampf miteinander und haben nicht geschlossen eine Einheitsfront aufgebaut.

[Zurufe von der SPD]

Deshalb ist es gut und richtig, dass wir in solchen Fragen bei allem Streit an einem Strang ziehen. Die Frage ist nur: Gibt es eigentlich nur die Gefahr des Rechtsextremismus, oder hatten wir nicht einmal einen antitotalitären Konsens, der auch den Linksextremismus

[Oh! von der Linksfraktion]

als Gefahr für die Freiheit und die Demokratie angesehen hat?

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Und es gibt noch eine andere Form des Extremismus, nämlich islamistischen Extremismus, den Glauben, man sollte hier die Scharia an die Stelle des Grundgesetzes setzen.

[Özcan Mutlu (Grüne): Wie denn?]

Auch diese Form des Extremismus, den Joschka Fischer „islamistischen Totalitarismus“ genannt hat, sollten wir ansprechen.

[Beifall von Andreas Gram (CDU) und Kurt Wansner (CDU)]

Mit knapper Not sind wir gerade einem Anschlag entkommen, bei dem ein Flugzeug über Frankfurt gesprengt werden sollte. Wir wissen doch um die Gefahr des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Warum Sie Ihre Abwehrkräfte gegen Extremismus nur in die eine Richtung bringen und die anderen Gefahren für die Demokratie verschweigen, bleibt Ihr Geheimnis.

[Zurufe von Bilkay Öney (Grüne) und Benedikt Lux (Grüne)]

Wir werden diese Verschiebung des Koordinatensystems nicht mitmachen.

[Beifall bei der CDU]

Ich finde es sehr richtig, dass wir gemeinsam dafür kämpfen, dass es keine No-go-Areas wegen rechtsextremen Umtrieben gibt. Aber ich möchte auch nicht, dass es No-go-Areas irgendwo in Kreuzberg, im Wrangelkiez oder in Friedrichshain gibt,

[Heidi Kosche (Grüne): Gibt es ja gar nicht! –
Özcan Mutlu (Grüne): So ein Quatsch!]

wo Jugendliche mit Migrationshintergrund auf Polizisten einschlagen und von „Bullen“ sprechen. Auch das darf in dieser Stadt nicht passieren.

[Beifall bei der CDU –
Zurufe von links]

Ein vierter Punkt, Herr Regierender Bürgermeister! Sie haben ganz klar ein Wahlversprechen gebrochen. Auch das können wir Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen. Sie haben noch wenige Tage vor der Wahl gesagt: Ich stehe nicht zur Verfügung für einen Koalitionsvertrag, in dem die Einheitschule drinsteht.

[Michael Müller (SPD): Steht auch nicht drin!]

Jetzt geben Sie 22 Millionen € dafür aus. Sie stärken nicht die Berliner Schulen und Hauptschulen in der Breite, sondern Sie machen auf Initiative der PDS bei einem neuen ideologischen Versuch mit.

[Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)]

Da haben Sie die Berlinerinnen und Berliner am 17. September getäuscht.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Mein fünfter Punkt: Das ist die Wirtschaft und Tempelhof.

[Zuruf von Stefan Liebich (Linksfraktion)]

Sie haben sich in der Koalitionsvereinbarung dafür ausgesprochen, Tempelhof zu schließen.

[Beifall bei Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Am 19. Dezember entscheiden die Gerichte über den Einspruch von Firmen gegen diesen Schließungsbescheid. Wenn dieser Einspruch zurückgewiesen wird, dann hört Tempelhof endgültig auf, als Flughafen zu existieren.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen]

Ich kann das Lauder-Angebot selbst nicht in allen Einzelheiten überprüfen. Niemand von uns kann das. Darüber muss man beraten. Aber ich fordere Sie auf, Herr Regierender Bürgermeister, das auf dem Tisch liegende ernste, seriöse Angebot – das sagt auch die Bundesregierung – zu prüfen. Es ist absolut notwendig, dieses Angebot zu prüfen und den 19. Dezember auszusetzen und dem Herrn Gaebler zu sagen, er solle Tempelhof bitte nicht mehr als „Zombie-Flughafen“ beschimpfen,

Dr. Friedbert Pflüger

[Gelächter von Uwe Doering (Linksfraktion)]

denn auch da arbeiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die heute um ihren Arbeitsplatz Angst haben, lieber Herr Gaebler.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Sie mögen hämisch lachen. Das ist Ihr gutes Recht, das alles als Unsinn zu empfinden.

[Mieke Senftleben (FDP): Frechheit!]

Ich sage Ihnen nur: Wenn wir wieder Dax-Unternehmen hierherholen wollen, wenn wir große internationale Konzerne mit ihren Zentralen wieder hierhaben wollen, dann sollten wir uns gut überlegen, ob wir einen innerstädtischen Flughafen einfach so kaputt machen. Das ist der falsche Weg in die Zukunft unserer Stadt.

[Beifall bei der CDU –
Zuruf von Heidi Kosche (Grüne)]

Natürlich muss ein Weg gefunden werden, wie man das machen kann, ohne BBI zu gefährden.

[Ah! von der Linksfraktion]

Das will niemand. Sie wissen genau, dass es Rechtsgutachten gibt, die ganz eindeutig festhalten, Herr Regierender Bürgermeister, dass es sehr wohl möglich ist, Privatflugzeuge und Business-Aviation dort zu behalten, ohne den Feststellungsplan für Tempelhof in irgendeiner Weise zu gefährden.

[Zuruf von Heidi Kosche (Grüne)]

Mein letzter Punkt: Ich finde, in Ihrer Regierungserklärung fehlt jedes Ziel, jede Vision, wohin Sie diese Stadt bringen wollen.

[Evrin Baba (Linksfraktion):

Wo sind denn Ihre Visionen? –

Weitere Zurufe von Wolfgang Brauer (Linksfraktion),
Iris Spranger (SPD) und Daniel Buchholz (SPD)]

Es ist ein technokratisches Papier, nichts darin von dem, was man aus Berlin machen könnte, wie man wieder wirtschaftlich Anschluss an die großen Metropolen finden könnte, wie man Berlin zu etwas ausbauen könnte, das man als Hauptstadt der Ökologie bezeichnen könnte, wie man Solartechnik hierherbringen könnte – ich will nicht, dass sie nur nach Brandenburg geht. Wir haben unendliche Chancen mit dieser Stadt. Von den Chancen, der Vision Berlin ist in dieser Regierungserklärung nichts zu spüren, kein Aufbruch, sondern ein „Weiter so“. Das tut dieser Stadt nicht gut.

[Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Dr. Pflüger! – Für die Linksfraktion hat nunmehr die Frau Fraktionsvorsitzende Bluhm das Wort. – Bitte schön, Frau Bluhm!

[Zurufe: Mikro! – Wolfgang Brauer (Linksfraktion):

Es hat nach dieser Rede seinen Dienst versagt!]

Carola Bluhm (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Pflüger! Das waren große Worte und kleine Vorschläge. Mir scheint, Sie warten auf den Zaubertrunk.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Wir haben mehrfach angekündigt, dass wir über Ihre Vorschläge reden wollen. Wenn sie erkennbar sind, packen Sie sie auf den Tisch, und wir tun das. Das verspreche ich Ihnen.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Berlin ist eine Stadt des Wandels, ständig in Bewegung, bringt sie immer neuen Geist hervor, selbst wenn es auf den ersten Blick so scheint, dass manches noch beim Alten bleibt. An Tagen wie diesem wird es auch hier in diesem Haus offensichtlich. Rot-Rot hat erneut den Regierungsauftrag erhalten. Der Koalitionsvertrag 2011 ist unterzeichnet. Mit der heutigen Wahl des Regierenden Bürgermeisters und der Ernennung der Senatorinnen und Senatoren werden die Weichen gestellt für eine sozial gerechte Gestaltung der Zukunft. Der 23. November 2006 ist ein guter Tag für die Stadt.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Das scheint irgendwie auch die Opposition eingesehen zu haben. Im Vergleich zu 2002 ist Ihre Kritik ziemlich matt ausgefallen. Damals wurde von der CDU verkündet, dass mit einer Koalition aus SPD und PDS die Sozialdemokratie dem Kommunismus wieder die Tür zur Macht in Deutschland aufsperrt werde. Besorgte Bürger mussten sich von Medienvertretern fragen lassen, ob sie Angst hätten, dass die Russen nun auf den Kurfürstendamm einmarschieren. Dass heute von Ihnen nur noch ein angeblicher Stillstand kritisiert oder die fehlende Leuchtkraft des Personals beklagt wird, betrachte ich als großen Lernprozess Ihrerseits

[Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

und einen gewaltigen Fortschritt für Berlin.

[Zuruf von den Grünen: Das mit der fehlenden Leuchtkraft bestätigen Sie gerade!]

Das Schreckgespenst hat ausgedient. Es hat sich gezeigt, dass die rot-rote Koalition die einzige ist, die Wählerinnen- und Wählerinteressen im Ostteil der Stadt genauso ernst nimmt wie diejenigen im Westteil der Stadt.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Die rot-rote Arbeit an der inneren Einheit in Berlin ist anerkannte Normalität. Mit uns wird es auch künftig so bleiben.

Wer wie wir die Stadt bewegt hat und auch weiter bewegen will, wird zu Recht gefragt, wohin es mit Berlin gehen soll. Wir haben darauf eine klare Antwort:

[Mario Czaja (CDU): Ja?]

Carola Bluhm

Im Vordergrund unserer Politik stehen Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Stadt. Dazu zählen die existenzsichernden Arbeitsplätze genauso wie die Sicherung eines gebührenfreien Bildungszugangs.

[Mieke Senftleben (FDP): Ah ja!]

Die Stärken der Stadt zu stärken und soziale Gerechtigkeit mit einem weiter notwendigen Konsolidierungskurs zu verbinden, das ist erkennbar unsere Handschrift, daran wird Rot-Rot konsequent weiterarbeiten.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wenn ich in die Zukunft dieser Stadt blicke, sehe ich ein Haus von unverwechselbar sachlicher Architektur mit Räumen der Vielfalt und einem Dach, das Platz für alle bietet. Ich kann das sehen, weil ich den Bauplan kenne und um die tragenden Wände weiß. Das Fundament dafür wurde in fünf Jahren harter, aber sozial ausgewogener Konsolidierungspolitik bereitet. Herr Pflüger, Frau Eichstädt-Bohlig, Sie sind damals nicht dabei gewesen, Sie können sich nicht an das zähe Ringen um einen Mentalitätswechsel erinnern und daran, wie sehr Ihre Fraktionen im Hauptsatz mehr Sparanstrengungen von diesem Senat gefordert, im Nebensatz jedoch fast alle Sparanstrengungen verteufelt haben.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Rot-Rot hat in den vergangenen fünf Jahren sehr viel Energie drauf verwandt, den Haushalt dieser Stadt in Ordnung zu bringen. Wir sind stolz darauf, den notwendigen Strukturwandel mit sozialem Augenmaß vollzogen zu haben. Wenn es heute Bereiche in Berlin gibt, in denen wir mehr als Hamburg oder Düsseldorf ausgeben, sagen wir: zu Recht. Berlin ist nicht nur Hauptstadt, sondern auch eine Stadt, die nach dem Urteil von Karlsruhe mehr als je zuvor genau die Dinge herausstellen muss, die sie so besonders machen im Vergleich zu anderen. Wir werden die so genannten Ausstattungsvorsprünge, wie unser gutes Kitaangebot, nicht zurückfahren

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

beispielsweise auf das Niveau einer niedersächsischen Kleinstadt,

[Mieke Senftleben (FDP): Das verlangt ja auch keiner!]

um es dann mühsam wieder – ohne Bundesmittel – aufzupäppeln und wiederherzustellen. Rot-Rot hat sich entschieden, in Bildung zu investieren. Das ist Politik mit Zukunft, das ist rot-rote Politik.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD –
Mieke Senftleben (FDP): Echt?]

Ich finde es angemessen, wenn eine Landesregierung selbstbewusst für die Interessen dieser Stadt eintritt.

[Ramona Pop (Grüne): Selbstgerecht!]

Berlin will nicht nur Hauptstadt genannt werden, sondern auch Hauptstadt sein. Die Stadt bekennt sich zu dieser Rolle, aber sie darf auch zu Recht darauf verweisen, dass die übrige Republik das stärker anerkennen soll. Dass es

mit der Hauptstadt Klausel im Grundgesetz nicht getan ist, haben wir in den letzten Wochen und Monaten erfahren. Hier muss Klarheit im Sinne der Hauptstadtrolle, auch verbunden mit den Mehrausgaben, die Berlin für die Bundeshauptstadt trägt, hineinkommen. Alle hier vertretenen Fraktionen wissen, dass mit dem Bonn-Berlin-Gesetz entschieden worden ist, dass der größere Teil der Arbeitsplätze in den Ministerien in Bonn bleibt. Während heute noch 9 300 Beschäftigte in Bonn arbeiten, sind es in Berlin 8 400. Es ist an der Zeit, diesen Anachronismus zu beenden. Berlin braucht ein Hauptstadtgesetz. Als Linksfraktion werden wir dafür werben.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Die Verhandlungen zum Hochschulpakt – es geht um 90 000 zusätzliche Studienplätze bundesweit – haben einen Vorgeschmack auf die künftigen Auseinandersetzungen im neuen deutschen Wettbewerbsföderalismus gegeben. Es ging um die gerechtere Verteilung der Lasten. Jene Länder, die in der Vergangenheit – ich nenne Baden-Württemberg und Bayern – Studienplätze abgebaut haben, sollen nun in erheblichem Umfang diesen Aufbau mit Bundesmitteln finanziell unterstützt bekommen, während Berlin, das einen anderen Weg gegangen ist und immer noch eine strukturelle Überlast von 35 000 Studienplätzen für andere Bundesländer trägt, leer ausgehen sollte. Es ist dem scheidenden Wissenschaftssenator Thomas Flierl nach mühsamen Verhandlungen gelungen, die besondere Situation Berlin im Hochschulpakt zu verankern. Nun erhält Berlin 4 % der Mittel des gesamten Bundes, das sind 22,6 Millionen €. Damit wird es möglich, von 2007 bis 2010 18 500 Studienanfängerplätze bereitzustellen. Nehmen wir zusätzlich Landesmittel in die Hand, wie es der Bund und die anderen Länder wollen, könnten es 19 500 Plätze sein.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Auch die Forderungen Berlins nach Übernahme der vollständigen Trägerschaft der Staatsoper unter den Linden durch den Bund sind berechtigt, gleichwohl aber schwer durchzusetzen. Es ist ein Konstruktionsfehler des Einigungsvertrages, die ehemals preußischen, in der DDR zentral geleiteten Kulturinstitutionen auf das Land und nicht auf Bund-Länder-Konstruktionen wie die Stiftung Preussischer Kulturbesitz zu übertragen. Im Rahmen der Debatte über ein Hauptstadtgesetz sollte diese Frage erneut diskutiert und möglichst bald entschieden werden. So selbstverständlich und notwendig die Zeichen dieser Koalition waren, keine Landesmittel für die Sanierung der Staatsoper einzustellen, so sehr müssen wir weiter daran arbeiten, die Sanierung der Staatsoper sicherzustellen, Bund und private Geldgeber weiterhin einladen, mitzutun.

[Alice Ströver (Grüne): Das haben
die schon erklärt, nur Sie nicht!]

Berlin ist auch weiter in der Pflicht, sorgsam mit seinen Finanzen umzugehen. Bei der Opposition ist von dieser Gesamtverantwortung wenig zu spüren. In der ersten Sitzung dieser Legislaturperiode hat Frau Eichstädt-Bohlig uns noch einmal ihre Vorschläge präsentiert; die reichen

Carola Bluhm

von der Touristen- oder Kurtaxe bis hin zum radikal angekündigten Personalabbau im öffentlichen Dienst mit dem Ziel, noch einmal 400 Millionen € einzusparen. Diese Forderung weist eine gewisse Unkenntnis über den Solidarpakt und die Notwendigkeit der Verhandlungen bei dessen Auslaufen aus, aber ich finde diese Aussage politisch trotzdem sehr spannend. Viele hier im Saal können sich noch gut daran erinnern, welchen wichtigen Beitrag die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dafür geleistet haben, dass Berlin finanziell wieder auf die Beine kommt.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Wir drohen den Beschäftigten nicht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie perspektivisch wieder mehr Geld bekommen können und es gleichzeitig Beschäftigungssicherung und einen Einstellungskorridor gibt. Es ist möglich, wenn man klug und vorausschauend verhandelt, dies mit einem relevanten Sparbeitrag zu verbinden. Das ist ein wichtiges Signal an die Beschäftigten, aber auch an die sogenannte Generation Praktikum.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD –
Zurufe von Thomas Birk (Grüne) und
Volker Ratzmann (Grüne)]

Herr Lindner! Von Ihnen hat man heute noch gar nichts gehört.

[Heiterkeit]

Doch in den letzten Tagen haben Sie uns vor Sturm gewarnt, machen aber in der Stadt seit Jahren nur dicke Backen und ein bisschen Wind. Auch hier die gleiche Leier: Landesunternehmen verkaufen. Doch was, bitte, ist daran visionär, wenn eine Stadt ihren gesamten öffentlichen Wohnungsbestand veräußert? – Gemessen am Berliner Schuldenberg ein Tropfen auf den heißen Stein. Was bringt es den Mietern, wenn wie in anderen Metropolen Deutschlands die Mieten dann steigen, das Wohnen teurer wird?

[Volker Ratzmann (Grüne): In Berlin wird's nicht teurer!]

Sollen wir dann zurückkaufen, weil wir merken, dass wir keine sozialen Steuerungsmöglichkeiten mehr haben? – Ich glaube, vorausschauende Politik sieht anders aus.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Deshalb hat sich Rot-Rot entschieden, Berlins Wohnungsbaugesellschaften nicht zu verkaufen, sondern zu sanieren. Wir haben bewiesen, dass Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge – BSR, BVG oder Vivantes – nicht privatisiert werden müssen, um wirtschaftlich zu arbeiten. Finanzsenator Sarrazin hat Anfang der Woche den Bericht über die Berliner Landesunternehmen vorgelegt. Dort werden zunehmend schwarze Zahlen geschrieben. Das werden wir fortsetzen.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Rot-Rot setzt auf die Kraft des sozialen Zusammenhalts, auf das Potenzial, das durch Integration, Chancen- und Bildungsgerechtigkeit entfaltet werden kann. Dafür haben wir Ideen. Die können Sie, liebe Opposition, ja schlecht finden, weil sie nicht von Ihnen stammen, aber vielleicht

denken Sie auch einmal darüber nach, was z. B. der künftige Bildungs- und Wissenschaftssenator, Jürgen Zöllner, zur Gemeinschaftsschule gesagt hat; aus Rheinland-Pfalz kommend, dort vieles ausprobiert habend, dürfte er aus Ihrer Sicht unverdächtig sein, irgendwelcher DDR-Einheitsschule-Nostalgie nachzuhängen: „Die Gemeinschaftsschule“ – so der künftige Senator – „ist ein Grundansatz, der viele Probleme lösen kann.“ – Ein kluger Satz, ein guter Anfang.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Wir müssen der Ausgrenzung immer mehr junger Menschen entgegenwirken und der Tatsache Rechnung tragen, dass die Bundesrepublik im internationalen Bildungsvergleich immer mehr abgehängt wird. Die bisherigen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung lösen das Problem im Grundsatz nicht. Und vielleicht, Herr Mutlu, erinnern Sie Ihre Fraktionsspitze einmal daran, dass die Grünen ursprünglich auch einmal dieser Ansicht waren, und stoßen Sie die Eltern und Lehrer nicht vor den Kopf, die Verbesserungen und Veränderungen in der Schule wollen. Strukturveränderungen passieren nicht über Nacht. Bei diesem Wandel muss die Stadt mitgenommen werden, und sie wird mitgenommen.

Deshalb haben wir uns in der Koalition darauf verständigt, mit einer Pilotphase den Einstieg in die Gemeinschaftsschule zu beginnen. Ziel ist es, in dieser Legislaturperiode einen Weg zu finden, auf dem sich die integrative Gemeinschaftsschule von der 1. bis zur 10. Klasse bzw. bis zum Abitur zur Regelschule entwickeln kann. Dazu gehört im ersten Schritt, dass Schulen zunächst die Chance erhalten, von innen her durch Kooperation oder im Verbund mit anderen Schulen zu Gemeinschaftsschulen zu werden. Die Ausstattung dieser Schulen aus dem Fördertopf wird keineswegs exklusiv sein. Doch beide Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass diese Schulen bei ihrer Weiterentwicklung, bei diesem Experiment zur Gemeinschaftsschule, unterstützt werden sollen.

[Özcan Mutlu (Grüne): Das ist ein Experiment!]

Ich sage sofort auch etwas zur Hauptschule, wenn Sie sich beruhigen. Die Gemeinschaftsschule wird also ein Experiment sein, das, wenn es erfolgreich ist, auch mit einem Standard übertragbar ist.

[Uwe Goetze (CDU): Zulasten der Kinder!]

– Da sollten Sie einmal genauer in die Stadt hineinhören! Es stimmt, das ist ein streitbares Thema. Aber etwas Neues einzuführen ist immer streitbar. Es gibt sehr viele Eltern, Schüler, Lehrer, die sich im Moment melden und sich für dieses Projekt interessieren.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Die anderen Schulen vergessen wir im Übrigen nicht. 22 Millionen € für die Pilotphase sind gemessen an der kostenfreien Kita, dem Ersatz von dauerkranken Pädagogen für weitere 20 bis 30 Millionen € und 400 zusätzlichen Referendariatsplätzen eine angemessene Summe. Natürlich werden wir uns Gedanken machen müssen, wie wir unseren Einstieg in der Gemeinschaftsschule mit einer

Carola Bluhm

produktiven Debatte um die Fortexistenz der Hauptschulen verbinden.

[Özcan Mutlu (Grüne): Jetzt fällt euch das ein!]

Denn bei allem Engagement der einzelnen Schule, der Schultyp bietet keine Perspektive.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Es gibt zwischen SPD und Linkspartei aber noch mehr Verabredungen, von denen sich die übrige Bundesrepublik einiges abgucken könnte. 2 500 öffentlich geförderte Arbeitsplätze wird Berlin aus eigener Kraft schaffen – sozialversichert, längerfristig, mit Angeboten, die keine Gefährdung für den ersten Arbeitsmarkt darstellen, sondern für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt von Nutzen sind. Wenn es gelingt, ist das großartig für diese Menschen und ihre Familien, und das nützt Berlin. Stellen Sie sich doch einmal vor, ein Unternehmen würde in dieser Größenordnung Arbeitsplätze schaffen, welche Jubelgesänge das auslösen würde.

[Ramona Pop (Grüne): Aber die sollen doch ferngehalten werden vom Arbeitsmarkt!]

Noch etwas zur Forderung, die Gewerbesteuer in der Stadt auf Potsdamer Niveau zu erhöhen. Wir haben uns bewusst entschieden, diesen Ansiedlungsvorteil nicht zu verschenken. Das wird auch die Kreativwirtschaft zu schätzen wissen. Da hat sich ohne Ihr Zutun, Frau Eichstädt-Bohlig, in den vergangenen 5 Jahren wahnsinnig viel getan, und auf diesem Gebiet wird auch weiter eine Menge passieren, weil dafür in der Stadt die Bedingungen stimmen.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Die Linkspartei wird mit drei Senatsressorts in die nächste Legislaturperiode starten, deren Möglichkeiten und Gestaltungskraft gerade Sie, liebe Kollegen von den Grünen, sehr wohl erahnen.

[Volker Ratzmann (Grüne): Minijobs!]

Wir sind uns bewusst, wie sehr Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zusammengehören und wie wichtig sie für eine soziale Entwicklung in dieser Stadt sind. Das ist auch heute nicht nur eine Frage für die, die in Bioläden einkaufen; auch für die, die es sich nicht leisten können, haben wir zu sorgen – für gesunde Lebensweise, für ein gesundes Leben. Für dieses Ressort ist Katrin Lompscher beste Wahl.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Und weil die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den kommenden Jahren das A und O in dieser Stadt sein wird, erhält Integrationspolitik in Berlin endlich einen neuen Stellenwert – den Stellenwert, den sie braucht.

Natürlich geht es auch um die Perspektiven am Arbeitsmarkt. Zu Beginn der letzten Legislaturperiode war an eine Emanzipation von Hartz noch nicht zu denken. Jetzt kommen die dafür zuständigen Bereiche Arbeit und Soziales in einem Integrationsressort zusammen.

[Ramona Pop (Grüne): Die Sie vorher getrennt haben!]

Heidi Knake-Werner wird es erfolgreich managen, das finden wir konsequent.

[Beifall bei der Linksfraktion – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Natürlich wird es weiterhin eine innovative Industriepolitik geben. Harald Wolf hat als erster Senator in der Stadt darüber einen regen Dialog mit den Unternehmen und den Gewerkschaften in Gang gesetzt. Er wird sich weiter darum kümmern können. Dafür hat er die volle Unterstützung dieser Koalition.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Kontinuität ist für linke Politik kein Schimpfwort. Es sagt, dass Dinge, die gut und richtig waren für die Stadt, fortgesetzt werden. Doch so, wie Berlin sich permanent im Wandel befindet, muss sich auch Politik bewegen. Stillstand wird es mit uns nicht geben, aber auch kein Stillhalten.

[Mieke Senftleben (FDP): Rückschritt!]

Als Linksfraktion sind wir da ganz selbstbewusst. Es ist auch kein Geheimnis, dass es dem sozialdemokratischen Koalitionspartner mit uns an der Seite zuweilen leichter gefallen ist, den einen oder anderen Parteitagbeschluss seiner eigenen Partei tatsächlich umzusetzen.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht, unterschiedliche Positionen auszutauschen, auszustreiten, dann aber für die getroffenen Entscheidungen gemeinsam einzustehen. Da sind wir nicht ängstlich, das werden wir in den kommenden Jahren auch weiter so tun. Das ist unsere Stärke. Wir haben Berlin bewegt, und wir werden es auch weiter tun, mit einer Politik, die auf die Stärken der Stadt setzt und soziale Gerechtigkeit mit einem notwendigen Konsolidierungskurs verbindet und der inneren Einheit verpflichtet ist. So steht es in unserem Koalitionsvertrag. Daran werden wir uns messen lassen.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Bluhm! – Das Wort für die Grünen hat nunmehr die Fraktionsvorsitzende Frau Eichstädt-Bohlig. – Bitte schön, Frau Eichstädt-Bohlig!

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters! Als Erstes muss ich sagen, Frau Bluhm, Herr Müller: So viel Süßholz, wie Sie hier geraspelt haben – da können wir nicht mithalten. Wir sehen das anders. Ich muss klar sagen: Herr Wowereit, Sie stehen hier als angeschlagener Kandidat.

[Oh! bei der SPD]

In Ihrer überheblichen Art haben Sie in den vergangenen Wochen grundlegende Fehler gemacht. Sie haben eine

Franziska Eichstädt-Bohlig

veritable Bruchlandung hingelegt, bevor Sie mit Ihrem rot-roten Senat an den Start gehen. Sie wollen das noch nicht einmal wahrnehmen. Das ist wahrscheinlich genauso schlimm wie die Fehler selbst, die Sie gemacht haben. Sie haben in den letzten Wochen schon großen Schaden für diese Stadt gebracht.

[Beifall bei den Grünen –
Beifall von Dr. Friedbert Pflüger (CDU)]

Ich zitiere die „Berliner Zeitung“ von heute:

In den letzten fünf Wochen machte Wowereit politisch mehr kaputt, als er in den Jahren davor aufgebaut hatte.

Das ist die Situation, in der wir heute stehen. Besser kann man das nicht ausdrücken.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Uwe Doering (Linksfraktion): Wir haben auch was aufgebaut!]

Nur wenn Sie jetzt einen entscheidenden Kurswechsel einleiten, wird Rot-Rot in den kommenden fünf Jahren nicht zu einer neuen Bruchlandung werden.

Ich muss Ihnen die sieben Kardinalfehler, die Sie in den letzten Wochen gemacht haben, vorhalten, weil Sie sie selbst offenbar gar nicht wahrnehmen wollen.

[Gelächter bei der Linksfraktion]

Ihr erster Fehler, Herr Wowereit: Sie haben sich einen für die Aufgaben, vor denen Berlin steht, ungeeigneten Koalitionspartner ausgesucht –

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Gelächter und Zurufe von der Linksfraktion]

eine Partei, die hier im Haus ganz munter und gesund tut, die aber, sobald sie Lafontaine zu Gesicht bekommt, sofort Bauchschmerzen kriegt,

[Zuruf von Wolfgang Brauer (Linksfraktion)]

vor lauter Bauchschmerzen nicht regierungsfähig ist, Bauchschmerzen beim Verkauf von Wohnungen,

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Bauchschmerzen beim Bankenverkauf, bei der Grunderhöhung,

[Zurufe von der Linksfraktion]

Bauchschmerzen, weil das Regierungsprogramm einen Haufen Probleme enthält, wie der Kollege Lederer so mutig erklärt und damit zugegeben hat, dass er zwar gerne mitregieren, sich aber auf keinen Fall die Finger schmutzig machen will.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Ich weiß, die Grünen haben keine Probleme!]

– Doch! Wir sehen sehr genau die Probleme, vor denen unsere Stadt steht. Da können Sie sicher sein. Das ist genau der Unterschied zwischen Ihnen und uns! –

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Zurufe von der Linksfraktion]

Herr Wowereit! Sie haben sich ohne Not zum Gefangenen des Wahlverlierers PDS gemacht,

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

einer Partei, die mit gespaltener Zunge spricht

[Zurufe von der Linksfraktion]

und den Menschen ständig falsche Versprechungen macht.

[Zuruf von der Linksfraktion: Hartz IV!]

Hier haben Sie dem Ladenschlussgesetz vor 14 Tagen bedenkenlos zugestimmt. Davon haben Sie sich gleich wieder distanziert und behauptet, dass Ihnen das alles nicht gefällt.

[Zuruf von Christian Gaebler (SPD)]

Das ist PDS-Politik, immer mit doppelter Zunge zu reden und eine andere Politik zu machen, als Sie den Bürgern versprechen.

[Zurufe von der SPD und der Linksfraktion]

Mit der erneuten Auswahl dieser Partei haben Sie wieder alle Menschen brüskiert, die unter dem SED-Unrecht und unter der Teilung Berlins gelitten haben.

[Beifall bei den Grünen und der CDU –
Oh! bei der SPD]

Das ist eine Vergangenheit, die nicht dadurch vergeht, dass Sie hier einfach blöde Sprüche machen.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Zu kurz gekommene Grüne!]

Ihr zweiter Fehler: Sie haben auf das Karlsruher Urteil ausschließlich mit Trotz und Jammern reagiert. Sie weichen den Aufgaben, die das Verfassungsgericht unserer Stadt gestellt hat, bis heute aus. Tut mir leid, Herr Müller, aber der Koalitionsvertrag enthält diese Aufgaben nicht. Frau Bluhm hat es eben mit großer Deutlichkeit dargestellt, dass sie sich diesen Aufgaben nicht stellen will, sondern dass sie erwartet, dass allein in der Verwaltung die Quadratur sämtlicher Kreise gelöst werden kann.

[Carola Bluhm (Linksfraktion): Nein!
Das haben Sie vorgeschlagen!]

So kann man mit politischen Aufgaben nicht umgehen.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Es ist schon ziemlich zynisch zu behaupten, man dürfe weiter Schulden machen, weil man die 61 Milliarden € sowieso nicht wegzaubern könne, und deswegen brauchen wir keinen Konsolidierungsplan für Berlin.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Sie hätten doch auch Schulden gemacht! Niemand kann in Berlin einen Haushalt ohne Schulden aufstellen!]

Herr Wowereit! Mama Merkel wird nicht bereit sein, das Taschengeld für Klausen zu erhöhen.

[Zurufe von der SPD und der Linksfraktion]

Das hat Herr de Maizière heute deutlich gesagt. Ich bin es allmählich leid, mit welcher Penetranz Sie immer wieder

Franziska Eichstädt-Bohlig

nicht von den eigenen Aufgaben reden, sondern von den Aufgaben, die der Bund erledigen soll.

[Beifall bei den Grünen –
Zurufe von der Linksfraktion]

Dieses Haus hat ein Recht darauf, dass von den Aufgaben hier geredet wird. Über die Aufgaben, die der Bund zu machen hat, wird im Reichstag geredet.

[Gelächter bei der SPD –
Christian Gaebler (SPD): Das Parlament
heißt Bundestag!]

Wenn Sie diese beiden Häuser ständig verwechseln, dann sind Sie hier fehl am Ort.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Der dritte Fehler, Herr Wowereit, ist dieser pflaumenweiche Koalitionsvertrag, der dieser Stadt kein Ziel gibt, keinen Leitfaden, der die Anforderungen von Karlsruhe ignoriert und ein simples Finanztableau enthält. Keine der anstehenden Aufgaben wird von Ihnen angepackt. Sagen Sie uns hier und heute, wie Sie das, was Herr Sarrazin in Klammern in das Finanztableau geschrieben hat, mit diesem Regierungsprogramm und mit dieser PDS überhaupt erreichen wollen! Ich weiß nicht einmal, ob Sie es erreichen wollen.

[Carola Bluhm (Linksfraktion): Was
meinen Sie denn?]

Denn die 88 Seiten Papier sagen etwas anderes als die Klammern, die im Finanztableau stehen. Wir sind sehr gespannt, wie sie aufgelöst werden. Wir glauben nicht daran, dass Sie sie mit diesen Koalitionsfraktionen ernsthaft angehen werden. Das wird in den nächsten Jahren zum zentralen Problem Berlins werden.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Wir müssen nicht nur über Finanzen reden. Es ist eben schon deutlich geworden, was Frau Bluhm zur Bildungspolitik gesagt hat: Sie haben kein Konzept für die drängenden Probleme der Berliner Hauptschulen, stattdessen ein 22 Millionen € teures Spielzeug für Frau Bluhm. Damit werden Sie die soziale Spaltung in dieser Stadt nicht aufhalten, sondern eher noch vergrößern.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Zurufe von der Linksfraktion]

Ihr Programm enthält keine Strategie für die Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, kein Konzept für die Stärkung der Kreativwirtschaft, keine neuen Gedanken zur Gesundheitsstadt Berlin, kein Konzept für Umwelt- und Klimaschutz sowie für neue Energien in dieser Stadt. Das ist alles dürftig, weil Sie alles aus dem letzten Programm abgeschrieben haben. Wir wissen, dass Sie in den letzten fünf Jahren nichts dafür getan haben und dementsprechend in den kommenden fünf Jahren genauso wenig dafür tun werden.

[Beifall bei den Grünen –
Zurufe von der SPD und der Linksfraktion]

Wir kennen die Art, wie Sie wunderschöne Worte machen, auch gerne einmal von den Grünen abschreiben, um es dann wieder in der Schublade verschwinden zu lassen.

[Gelächter bei der SPD und der Linksfraktion]

Ihr arbeitsmarktpolitisches Konzept ist auch wieder so eine Spielwiese für die PDS-Kollegen. Was nützt ein Modellprojekt für 2 500 Arbeitslose? – Wir brauchen Arbeit für 170 000 Menschen in dieser Stadt.

[Beifall bei den Grünen und der FDP –
Zurufe von der Linksfraktion]

Wir brauchen vor allem das, worüber Sie nur ein paar Alibizeilen in das Programm schreiben: Ausbildung und Arbeit für die 55 000 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren. Es ist dürftig, was Sie dazu im Programm zu stehen haben.

[Beifall bei den Grünen und der CDU –
Stefan Liebich (Linksfraktion): Besser
als Hartz IV!]

Das ist einer der zentralen Punkte, die in dieser Stadt gelöst werden müssen.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Es fehlt, Frau Kollegin Bluhm, in Ihrem Programm jegliche Strategie für den Fortgang der Verwaltungsreform und für die Notwendigkeit der Verwaltungsverschlan-
kung. Wenn Herr Sarrazin sagt, 93 000 Beschäftigte ist die Zielzahl, auf die Sie hinarbeiten, dann würde ich das in Ihrem Programm gerne deutlicher dargestellt bekommen. Oder es stimmt das, was Sie eben gesagt haben, und Sie wollen an die Verwaltung überhaupt nicht heran, sondern alles so lassen, wie es ist,

[Zurufe von der Linksfraktion]

und die übliche PDS-Besitzstandswahrung über die nächsten fünf Jahre fortschreiben.

[Zurufe von der Linksfraktion]

Dasselbe gilt für die öffentlichen Betriebe. Sie setzen auf ein schlichtes „Weiter so“.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Was
würden Sie denn machen?]

Sie geben dazu passend – gerade in den letzten Tagen – die geschönten Bilanzen heraus, um die Probleme der städtischen Unternehmen zuzudecken, weil Sie die nächsten fünf Jahre am liebsten wieder weiter so machen wollen, nämlich nichts tun, damit die Schulden dort massiv anwachsen können.

[Zurufe von der Linksfraktion]

Stichwort BVG! Wir kennen das. Das Ganze nennen Sie dann ein Programm der sozialen Gerechtigkeit.

[Ja-Rufe von der Linksfraktion]

Ich sehe die soziale Gerechtigkeit in Ihrem Programm nicht.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Das glaube ich!]

Franziska Eichstädt-Bohlig

Ich sehe sehr viel Abschirmung von rot-roten Interessen. Ich kann aber keine soziale Gerechtigkeit erkennen, wenn die Wohnungsmieten gerade bei den städtischen Unternehmen schon wieder steigen, wenn die Sozialmieten über den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen, wenn die BSR die Gebühren erhöht, die BVG 10 % Tarifsteigerung fordert, die Wasserpreise Herrn Wolf zuliebe hochgetrieben werden sollen. All das nennen Sie soziale Gerechtigkeit.

[Beifall bei den Grünen –
Zurufe von der Linksfraktion]

Das ist Politik auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger Berlins im Interesse der öffentlichen Unternehmen und im Interesse der Verwaltung.

[Beifall bei den Grünen]

Das ist eine Schieflage, die für Berlin schädlich ist. Es geht um ein solides soziales Austarieren zwischen den Notwendigkeiten der Unternehmen und der Verwaltung auf der einen Seite und den Bedürfnissen der Bevölkerung auf der anderen Seite. Das machen Sie gerade nicht.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Zurufe von der Linksfraktion]

Herr Wowereit und die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der Linkspartei! Vor allem gibt es in Ihrem Programm keinerlei Gerechtigkeit gegenüber der jungen Generation – die junge Generation, die heute schon keine Arbeit bekommt, weil die Besitzstände der heutigen Arbeitsplatzinhaber immer den Vorrang haben. Dieser Generation muten Sie wegen Ihrer Reformunfähigkeit als Dank im Jahr 2011, 2016 und den folgenden Legislaturperioden zu, dass sie den ständig wachsenden Schuldenberg abtragen. Das nenne ich nicht soziale Gerechtigkeit, sondern das ist Generationenungerechtigkeit in höchstem Maße. Das ist eine Dimension, die Sie überhaupt nicht im Blick haben.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Ihr vierter Fehler, Herr Wowereit,

[Carl Wechselberg (Linksfraktion): Ich dachte,
wir sind schon weiter!]

ist der missglückte neue Zuschnitt der Ressorts, der peinliche Umgang mit den Kabinettskolleginnen und die Last-Minute-Senatorensuche, die Sie uns vorgeführt haben.

[Oh! von der SPD]

Es erfüllt uns ernsthaft mit Sorge, wie schlecht Sie Ihre neue Richtlinienkompetenz bereits vor Regierungsbeginn wahrnehmen.

[Beifall bei den Grünen]

Der parteitaktische Verschiebebahnhof der Umweltpolitik zur Gesundheit hin und die Unterordnung der Kulturpolitik unter das launische Regime des Regierenden selbst sind unverzeihliche Fehlgriffe. Alles nur, um der Linkspartei ein paar Minijobs zuzuschieben, wie die „taz“ so wunderbar treffend angemerkt hat. Denn das ist letztlich

der Grund gewesen, weswegen Sie die Ressortzuschnitte, die durchaus vernünftig waren, völlig durcheinandergebracht haben.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Der blanke Neid!]

Und dann – das ist das Peinlichste – klopft Herr Wowereit tatsächlich jammernd bei der Opposition an, sie möge doch mitmachen, die Verfassung so zu ändern, dass wieder mehr als acht Senatorenposten zulässig werden. Das ist peinlich, Herr Wowereit!

[Mieke Senftleben (FDP): Das Allerschärfste! –
Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Wenn ich es richtig erinnere, war die SPD selbst daran beteiligt, die acht Ressorts in die Verfassung zu schreiben. Sie sollten also mit den Rahmenbedingungen, unter denen hier Politik zu machen ist, schon etwas besser klarkommen!

[Zuruf von der Linksfraktion: Das tut er ja auch! –
Christian Gaebler (SPD): Sie haben
doch das Problem damit!]

Ihre Personenauswahl ist weit gehend farblos – ein biederes „Weiter so“! Erst mussten die Senatoren Herr Böger und Frau Schubert gehen – sehr viel Respekt von unserer Seite beiden gegenüber, es war peinlich, wie sie sich selbst entlassen mussten –,

[Unruhe]

dann wäre die Suche nach neuen Namen fast schiefgegangen. Nun ist es im Ergebnis so, dass einzig der Name Zöllner darauf hinweist, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, Berlins Senatorenriege auf ein höheres Anspruchsniveau zu geben.

Herr Wowereit! Letztlich sollten Sie Ihrem Parteivorsitzenden Kurt Beck dankbar sein, dass er Ihnen aus der Patsche geholfen hat, denn die Suche nach einem passenden Senator für das anspruchsvolle Ressort Wissenschaft und Bildung war mit den vielen Absagen, die Sie sich geholt haben, ein Drama. Auch das schadet unserer Stadt Berlin.

[Gelächter bei der SPD]

Die Fehlerliste ist leider noch nicht zu Ende: Der neue Kultursenator tritt die Kulturpolitik, die unter dem bisherigen Regierenden Bürgermeister gemacht wurde, schon vor Amtsantritt kräftig „in die Tonne“. Die Opernstiftung ist bereits demontiert. Der Vertrag mit dem Bund ist schon gebrochen. Herr Schindhelm ist schon abserviert. Die Staatsoper wird nicht saniert, wird in ihrer Arbeit blockiert – eine kulturpolitische Bruchlandung, die Sie da hingelegt haben, Herr Regierender!

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Quatsch!]

Das ist wie im Drehbuch, schlimmer kann man es in so kurzer Zeit gar nicht machen.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Auch der sechste Fehler ist ziemlich bedeutend: Der Kandidat, der auch heute wieder Regierender Bürgermeister

Franziska Eichstädt-Bohlig

werden will, geht voll auf Konfrontation mit dem Bund und den anderen Ländern – hierzu hat der Kollege Pflüger bereits einiges gesagt. Problem ist, dass er nicht einmal gesittete Umgangsformen kennt. Für einen Regierenden Bürgermeister wäre es schon wichtig, ein paar Manieren mitzubringen und den Unterschied zwischen einer Bitte und der pampigen Art, die Sie an den Tag legen, zu kennen.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Auch ein bisschen Diplomatie im Umgang mit einer Bundeskanzlerin, mit einem Kulturstaatsminister oder auch mit Ministerpräsidentenkollegen anderer Länder wäre für Berlin und den künftigen Senat mit seinem Regierenden Bürgermeister sehr nützlich.

Wenn Sie zur Bundeskanzlerin gehen, sollte im Übrigen Ihr Büro so gut organisiert sein, Ihnen die Tagesordnung zur Kenntnis zu geben, damit Sie wissen, dass über das Tempelhofer Feld und nicht über anderes geredet wird.

[Heiterkeit bei der CDU]

So viel Realitätsverlust, wie an den Tag gelegt, sollte ein Regierender Bürgermeister nicht haben.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Als siebenten Fehler und wirklich großes Problem muss ich die sozialdemokratische Debattenkultur aufrufen. Die SPD ist zu einer sprachlosen Partei geworden, ein reiner Wowereit-Huldigungsverein.

[Heiterkeit und Beifall
bei den Grünen und der CDU]

Offenbar hat diese Partei zu allem, was in den letzten Wochen an Mist gebaut wurde, keinerlei Diskussionsbedarf. In zwei Stunden winkt sie diesen Koalitionsvertrag durch. Die Aufbruch-Gruppe hat schnell wieder die Fahnen eingezogen. Die Wahl des Koalitionspartners wurde ohne Diskussion geschluckt. Es gab nicht einmal Bedarf,

[Uwe Doering (Linksfraktion): Über die Grünen
zu reden!]

das künftige Regierungspersonal rechtzeitig kennenzulernen. Das ist einer demokratischen Partei schon ziemlich unwürdig. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Was lasst ihr mit euch machen? Es ist eine Schande!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Es ist nicht nur eine Schande für die SPD selbst, sondern für unsere Demokratie insgesamt.

[Oh! von der SPD]

Sie wissen sehr wohl, dass das den Politikverdross deutlich erhöht. Das ist ein großes Problem, wenn der Bürger merkt, dass die Politik und die Parteien selbst die Auseinandersetzungen, um die es in dieser Stadt gehen muss, nicht führen. Wenn Sie das jedoch anders sehen, werden Sie dafür eines Tages Ihren Strafzettel bekommen.

[Beifall bei den Grünen]

Das Fazit sieht leider – dies sage ich sehr ernsthaft – ziemlich traurig aus: Herr Kandidat Wowereit! Sie stehen ohne Zukunftskonzept für Berlin da. Sie haben kein Sanierungsprogramm für die großen Haushaltsprobleme. Sie haben Berlin in unverantwortlicher Weise vom Bund und von der Ländergemeinschaft isoliert. Sie vergraulen Investoren und Berlinunterstützer. Sie bestätigen Berlingegner in ihren negativen Urteilen, was wir alle in höchstem Maße bedauern, denn wir alle lieben unsere Stadt. Dafür wollen Sie heute gewählt werden: Ich hätte da große Probleme, Sie zu wählen.

[Unruhe]

Sie können sich sicher auch vorstellen, wie in unserer Fraktion die Wahl dementsprechend ausfallen wird.

Deshalb müssen alle, die Ihnen heute ihre Stimme geben, wissen, dass sie mitverantwortlich sind für den Schaden, den Sie Berlin bereits zugefügt haben.

[Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Trotzdem: Wir von der Opposition – und die Opposition wird Sie in dem kommenden fünf Jahren gemeinsam treiben –

[Unruhe]

hoffen und wünschen im Interesse Berlins, dass Sie und die rot-rote Koalition endlich einsichtig werden und lernen, sich den Aufgaben und den großen Problemen, die Berlin hat, endlich ernsthaft zu stellen. Das ist die Aufgabe der Stunde und der nächsten Jahre. Diese Aufgaben sind groß und schwierig genug, und sie haben es verdient, ernsthaft angegangen zu werden.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Eichstädt-Bohlig! – Das Wort für die FDP-Fraktion hat nunmehr der Vorsitzende Herr Dr. Lindner. – Bitte schön, Herr Dr. Lindner!

Dr. Martin Lindner (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Ich hatte auch eine solche Rede vorbereitet, in der alle möglichen Themen von Tempelhof bis zur Einheitsschule und Schindhelm sowie weitere Grausamkeiten enthalten waren. Diese habe ich weggeworfen,

[Anhaltender Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion]

weil ich glaube, dass erst die Auseinandersetzung mit einer Regierungserklärung die richtige Gelegenheit ist, sich mit diesen scheußlichen Themen zu beschäftigen.

Heute sollten wir uns mit Ihnen persönlich, mit dem Kandidaten selbst befassen. Sie sind ja kein Unbekannter. Sie haben bereits fünf Jahre Kostproben Ihrer Schaffenskraft abgeliefert.

[Beifall bei der CDU]

Dr. Martin Lindner

Und, Herr Abgeordneter Wowereit, ich fand das nicht durchgängig schlecht. Das muss man an der Stelle ganz klar sagen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Das kann jetzt wieder Ihr Parteichef für Ihren nächsten Werbespot aufzeichnen. Das ist Ihre Art.

[Heiterkeit]

Aber ich sage Ihnen noch einmal: Es war nicht durchgängig schlecht. Sie hatten positive Überraschungen.

Der Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag war anerkennenswert. Ich weiß, dass es extrem hart ist, sich mit eigener Klientel, mit eigenen Unterstützungsgruppen – noch dazu als Verdi-Mitglied – auseinanderzusetzen.

[Stefan Liebich (Linksfraktion):
Woher wissen Sie das?]

Das ist anerkennenswert, und da haben Sie gezeigt, zu was Sie imstande sind, wenn Sie wollen und wenn Sie die richtige Unterstützung haben.

[Beifall bei der FDP]

Ich glaube übrigens auch, dass Ihre persönliche Entwicklung – jetzt im Blick auf Berlin – positiv zu bewerten ist. Berlin ist eine bunte Stadt, und da sollte auch der Bürgermeister – ich möchte jetzt nicht sagen: ein bunter Vogel – zumindest kein langweiliger Aktenfresser sein.

[Heiterkeit]

Deswegen sage ich Ihnen ganz persönlich: Das ist auch nicht schlecht.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ihre anfängliche Unernsthaftigkeit haben Sie in den Griff gekriegt, und Sie sind zum Schluss – Thema Hauptstadtklausel und anderes – in einer Weise auch bei anderen Ministerpräsidenten anerkannt worden, dass sogar ein CDU-Ministerpräsident aus der Mitte Deutschlands gesagt hat: Der ist mittlerweile in den Club angekommen.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Oh!]

Das war bis zur Wahl nicht durchgängig schlecht, was Sie da veranstaltet haben. Das sage ich an einem solchen Tag auch mal als Oppositionspolitiker. Da verdienen Sie Respekt.

[Carola Bluhm (Linksfraktion): Wir wollen eigentlich nicht so viel Lob von Ihnen!]

Ich frage mich aber, was seit der Wahl passiert ist. Das hat mich erstaunt. Ich hätte meinen eher überschaubaren Weinkeller darauf verwettet, dass Sie mit allen möglichen Parteien koalieren, nur nicht mit denen.

[Heiterkeit –

Klaus Wowereit (SPD): Das ist jetzt aber übertrieben! –
Zuruf von Wolfgang Brauer (Linksfraktion) –
Weitere Zurufe]

Mit Linkspopulisten kann man keinen Staat machen, Herr Wowereit! Ich glaube nicht, Frau Bluhm, dass Ihretwegen die Russen auf den Ku'damm kommen. Die sind übrigens

da und haben ein paar Dollar und ein paar Franken in der Tasche, aber die kommen nicht Ihretwegen.

[Heiterkeit]

Die kommen wegen Gucci und Bulgari, aber nicht Ihretwegen.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Aber Sie müssen einsehen, dass diese Partei nicht wahrgenommen wird über diese eher aus den Bezirken stammenden Größen, die Sie uns hier heute präsentieren. Diese Partei wird über Lafontaine, Gysi und andere Linkspopulisten im Deutschen Bundestag wahrgenommen, und deswegen müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie mit diesen Leuten hier nicht regieren können. Damit schaden Sie der Stadt, Herr Regierender Bürgermeister!

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Ich habe gehört – wie aus Ihrer Umgebung verläutet –, dass Sie das machen, um diese Partei in Berlin endgültig platzzumachen.

[Heiterkeit]

Das ist kein schlechtes Ziel, Herr Wowereit!

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Aber Sie dürfen dabei nicht Berlin kaputt machen, Herr Wowereit!

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen –
Carl Wechselberg (Linksfraktion):
Berlin muss bleiben!]

Der Staat und diese Stadt kommen vor der Partei, und die Partei kommt vor den persönlichen Wünschen und Zielen. Das ist keine schlechte alte sozialdemokratische Tradition. Die sollten Sie sich einmal genauer anschauen. Bei allem Verständnis dafür, dass Sie die plattmachen wollen – das ist ja in Ordnung –, muss man doch festhalten: Berlin hat eine andere Regierung verdient, als von der PDS mitregiert zu werden.

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Stefan Liebich (Linksfraktion):
Für Rot-Gelb hat es aber nicht gereicht!]

Ich habe da – vielleicht etwas anders als meine Vorrednerin – überhaupt keine persönlichen Aktien. Sie könnten hier mit allen Koalitionen bilden, wenn auch nicht mit uns. Und insofern sage ich völlig ohne persönliche Ambitionen: Sie hätten mit jeder anderen Partei regieren können – mit der Union, mit den Grünen, wobei es mir nicht ganz so leicht fällt, das zu sagen –,

[Heiterkeit]

aber das wäre für dieses Land immer noch besser gewesen, als sich mit der PDS ein zweites Mal einzulassen.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen –
Carl Wechselberg (Linksfraktion): Wir freuen uns!]

Sie müssen doch sehen, wohin das geführt hat. Ich sehe es nicht als witzig oder komisch oder irgendwie albern an, wie Sie in den letzten Tagen behandelt wurden. Natürlich

Dr. Martin Lindner

könnte ich mich darüber amüsieren, dass der Kulturstatsminister Neumann – das ist nicht einer aus der ersten Unionsreihe – Sie zwei Tage vor dem Gespräch als „patzig“ und anderes abkanzelt, Ihnen aber keiner Ihrer Parteifreunde – Beck oder Müntefering, die normalerweise immer auf den Tisch springen, wenn auch nur der dritte Ortsschatzmeister aus Ennepetal von der Union angegriffen wird – zur Seite steht. Niemand ist Ihnen zur Seite gestanden. Am nächsten Tag mussten Sie sich dann auch noch von dem stellvertretenden Regierungssprecher abkanzeln lassen. Das ist eine traurige Angelegenheit. Das greift uns alle an. Sie sind unser aller Bürgermeister.

[Oh! von der SPD und der Linksfraktion –
Beifall bei der SPD]

Damit wird Berlin in einer Weise abgekanzelt und in die Ecke gestellt, wie es diese Stadt nicht verdient. Das muss man Ihnen deutlich vorhalten. Sie müssen heraus aus dieser Isolation. Ich kann nicht verstehen, warum Sie täglich immer mehr in diese Richtung gehen. Ihr Vorsitzender Beck öffnet sich zur Mitte hin, öffnet sich in Richtung Freier Demokratischer Partei – schriftlich und mündlich.

[Aha! von der Linksfraktion –
Uwe Doering (Linksfraktion): Genau!]

Er sucht Mehrheiten in der Mitte, und Sie suchen weiter links außen. Herr Wowereit! Die größten Erfolge auch der Sozialdemokratischen Partei sind nicht über links außen gekommen, sondern in der Mitte. Wenn die Sozialdemokraten in der Mitte regiert haben, waren sie stark – wie z. B. Herr Brandt und andere, die hier schon ins Feld geführt wurden. Daran sollten Sie sich auch an einem solchen Tag ein wenig erinnern.

[Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):
Sie leiden ja richtig!]

Es gibt selbstverständlich auch Erfreuliches, und dazu zählt, dass Sie Herrn Minister Zöllner gefunden haben und dieser sich bereit erklärt hat, in Berlin zu wirken. Herr Minister Zöllner! Das ist eine große Herausforderung. Diese Stadt bietet Chancen. Ich fand es übrigens merkwürdig, dass in einigen Medien auf Ihr Alter angespielt wurde. Es ist völlig egal, wie alt jemand ist. In jedem Alter ist man entweder jemand, der neue Herausforderungen sucht und sich ihnen stellt, oder jemand, der hinter dem Ofen sitzt – ganz egal, ob er 25 oder 61 Jahre alt ist. Deshalb freue ich mich, dass Sie diese Herausforderung hier in Berlin suchen und annehmen.

[Beifall aller Fraktionen]

Es ist eine große Stadt, und ich sage Ihnen das als jemand, der ebenfalls zugezogen ist: Ich habe es keinen Tag bereut, hier in Berlin zu sein.

[Carl Wechselberg (Linksfraktion): Wie schön!]

Die Herausforderung wird allerdings von einer besonderen Art sein, denn Sie haben hier nicht mehr wie in den vergangenen Jahren die FDP an Ihrer Seite – Herrn Bauckhage, Herrn Brüderle, Herrn Mertin –, sondern Sie haben jetzt diese Leute an Ihrer Seite. Schauen Sie mal links hinter sich: Da sitzt auch ein Pfälzer, der mal hierher

gereist ist: Das ist Herr Sarrazin. – Schauen Sie ihn sich genau an! Da fehlen die Schneidezähne.

[Heiterkeit –
Beifall bei der FDP und den Grünen]

Die wurden ihm nämlich in den letzten Tagen ausgeschlagen – während der Koalitionsverhandlungen. Alles, was der Mann mal vorhatte, wofür er stand und wofür er auch eine gewisse Bewunderung ererntete – auch von Seiten der Opposition –, hat man ihm ausgeschlagen. Man hat ihn in den Keller gesteckt, während die anderen Koalitionsverhandlungen geführt haben, und er soll jetzt als Feigenblatt dafür dienen, dass hier weiter Rot-Rot wurstelt. Passen Sie auf Ihre Zähne auf, Herr Zöllner!

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Denn in der Koalitionsvereinbarung steht nichts von den Sachen, für die Sie stehen – Excellence-Förderung, Eigenverantwortlichkeit der Schulen und Hochschulen –, sondern da steht etwas von einer Art Kulturkampf gegen die Gymnasien, ein Studiengebührenverbot und dieser ganze Gremienquatsch, Viertelparität und Ähnliches. Schauen Sie sich mal genau an, was in diesem Vertrag steht,

[Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion):
Schauen Sie erst mal rein!]

überlegen Sie sich, ob die Herausforderung gut ist, und schauen Sie sich immer wieder an, wie es Herrn Sarrazin ergangen ist!

Lassen Sie mich noch kurz auf das Karlsruher Urteil eingehen, Herr Wowereit! Da standen wir zusammen. Das möchte ich an der Stelle auch festhalten. Wir haben dort zusammen verhandelt, und wir wussten, dass es um Berlin geht und nicht um die SPD oder die FDP oder die CDU oder sonst wen.

[Carl Wechselberg (Linksfraktion):
Das waren noch Zeiten!]

Wir haben da zusammengestanden und haben gekämpft, und wir waren genauso wie Sie enttäuscht über das Ergebnis. Ich glaube auch nach wie vor, dass es nicht richtig war, Berlin in dieser Weise zu behandeln. Ich hatte gehofft, dass es zumindest eine Öffnung und einen Hinweis gibt, auf welche Weise wir mehr Solidarität der anderen Länder und des Bundes bekommen können. Wir haben da sozusagen gemeinsam gekämpft und damit auch gemeinsam verloren. Aber wegen dieses Urteils muss man sich nicht in die Isolation begeben, beleidigt sein oder resignieren, sondern dieses Urteil bietet auch eine Chance, mit Dingen fertig zu werden und Dinge anzugreifen, die man ohne ein solches Urteil nicht machen kann. Man kann in der Folge z. B. Dinge erledigen, wo es die eigene Parteilagsmehrheit als schwierig ansieht, sie durchzusetzen. Das gilt etwa für die Verwaltungsreform. Herr Wowereit! Ich weiß doch, dass es in Ihren eigenen Reihen Leute gibt, die das mitreißen und die auch während der Koalitionsverhandlungen angetreten sind und dafür Vorschläge gebracht haben. Diese braucht die Stadt, egal wer regiert, ob ein freier Demokrat, ein Grüner oder ein Christdemokrat.

Dr. Martin Lindner

Unabhängig vom Parteibuch sind doch Aufgabenkritik und Verfahrensvereinfachungen Dinge, die jeder machen muss. Diese Chance haben Sie jedoch nicht ergriffen.

Gleiches gilt für die Privatisierungen. Es ist klar, dass ich alle verkaufen will. Jetzt würde ich aber nicht sagen, dass es zu erwarten gewesen wäre, dass Sie diese Meinung übernehmen. Es gibt – das weiß ich auch – in Ihren Reihen Leute – zu denen Sie auch gehören, davon gehe ich aus –, die wissen, dass es richtig und vernünftig wäre, wenigstens so viel Bestand zu verkaufen, dass die verbleibenden Gesellschaften saniert werden können. Vor dem Hintergrund eines solchen Urteils kann man das machen. Zu regieren und zu führen ist doch mehr, als einer aktuellen Parteitagmehrheit hinterherzulaufen, Herr Wowerit. Sie müssen sich zusammenreißen und sagen, dass es so nicht mehr weitergeht. Es müssen für die Stadt wichtige Dinge angepackt werden, die nicht nur für das persönliche Fortkommen das Entscheidende und Einfachste sind.

[Beifall bei der FDP und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Auch bei den Steuern müsste die FDP, wenn sie in der Verantwortung wäre, natürlich genauso über den Schatten springen und über Handlungsspielräume nachdenken. Wir müssten genauso unseren Anhängern und unseren Leuten erklären, dass bestimmte Maßnahmen unumgänglich sind, wenn es in einem Gesamtpaket geschieht. Das sind Chancen und Herausforderungen, denen wir uns hätten stellen müssen. Es kann nicht jeder den einfachsten Weg wählen. Hier haben Sie mehr Potenzial. Es gibt sogar Hilfe beispielsweise durch die Bertelsmann-Stiftung, ASU, die Hertie School of Governance, Netzwerke. Auch Konradi und Berger sowie andere sind beteiligt. Sie können sie nicht alle in den Winkel stellen, nur weil Sie den bequemeren, einfacheren Weg mit diesen Leuten gehen wollen. Das ist das, was Ihnen krummzunehmen ist. Darum geht es.

Sie haben einen Koalitionsvertrag geschlossen, der üblicherweise nur auf eine gewisse Bandbreite abstellt. Nun kommt die Partei, mit der Sie koalieren wollen, und benennt jede kleine Interpretation oder Abweichung. Darüber entscheiden aber nicht Sie im Senat oder in den Fraktionen, sondern ein PDS-Parteitag hat das letzte Wort.

[Andreas Gram (CDU): Um Himmels willen!]

Sie lassen sich eine unglaubliche Zumutung hier gefallen, wehrte Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion. Dem müssen Sie sich auch stellen, wenn Sie gleich den Stift in die Hand nehmen.

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Sie lassen sich hier viel gefallen, nur um sie plattzumachen und durch Umarmen zu erdrücken. Das ist auch ein hässlicher Tod, auch wenn es durch Umarmen geschieht. Das kann doch alles nicht getan werden, nur um dieses parteipolitische Ziel zu erreichen. Sie müssen den Staat

vor die Partei und vor Ihre persönlichen Wünsche stellen. Dann haben Sie das Potenzial, ein Großer zu werden. Dann hat diese Stadt die Chance, hier herauszukommen. So aber wird Berlin weit unter seinen Möglichkeiten regiert. Die SPD regiert weit unter ihren Möglichkeiten. Sie, Herr Kandidat Klaus Wowerit, regieren dann auch weit unter Ihren Möglichkeiten. Es wird vielleicht weiter morgens die Kiste vorfahren, Sie werden weiter eingeladen. Es ist alles wunderschön. Aber Regieren und Gestalten und die Stadt nach vorn zu bringen ist doch etwas mehr als das, was Sie hier machen wollen. Das ist schade. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Dr. Lindner! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen gemäß § 74 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung zur geheimen Wahl mit verdeckten Stimmzetteln.

Von der Fraktion der SPD wird für die Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin der 16. Wahlperiode der Herr Abgeordnete Klaus Wowerit vorgeschlagen. Gemäß Artikel 56 der Verfassung von Berlin wird der Regierende Bürgermeister mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen vom Abgeordnetenhaus gewählt.

Ich möchte Ihnen das Wahlverfahren erläutern. Für die von Ihnen aus gesehen linken Kabinen erfolgt der Namensaufruf für die Buchstaben A bis K. Für die übrigen Buchstaben, also L bis Z, stehen die rechten Kabinen, von Ihnen aus gesehen, zur Verfügung. Jedem Abgeordneten wird erst vor Eintritt in die Wahlkabine nach Namensaufruf der Stimmzettel mit Umschlag ausgehändigt. Nach Ausfüllen des Stimmzettels in der Kabine ist dieser noch in der Wahlkabine in den Umschlag zu legen und unmittelbar danach in die Wahlurne zu werfen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Abgeordnete nach § 74 Abs. 2 der Geschäftsordnung zurückgewiesen werden müssen, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder erst dann in den Umschlag legen.

Wer dem Wahlvorschlag der SPD – Klaus Wowerit – zustimmen will, der muss hinter dem Namen ein Kreuz in das Kästchen mit Ja setzen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Ein leerer, nicht mit einem Kreuz versehener Stimmzettel gilt als ungültiger Stimmzettel genauso wie anders gekennzeichnete Stimmzettel oder Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken.

Nun bitte ich die Beisitzer, an den Wahlkabinen bzw. Wahlurnen Aufstellung zu nehmen, um die Ausgabe der Stimmzettel vorzunehmen und deren Abgabe zu kontrollieren.

Präsident Walter Momper

Frau Kollegin Grosse bitte ich, die Namen der Abgeordneten zu verlesen. Ich weise darauf hin, dass die Fernsehkameras nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden dürfen. Das betrifft beide Kameras in den „Schwalbennestern“. Sie haben das auch schon getan. Alle Plätze direkt hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum bitte ich freizumachen.

Frau Grosse, nun bitte ich mit dem Aufruf der Namen zu beginnen und ebenso mit der Ausgabe der Stimmzettel.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Hatten alle Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit, ihre Stimme ordnungsgemäß abzugeben? – Das ist offenbar der Fall. Der Wahlgang wird geschlossen. Ich bitte um Auszählung. Die Sitzung wird bis nach Beendigung der Auszählung unterbrochen.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt:

Es wurden 149 Stimmen abgegeben, davon ist keine ungültig. Es wurden 74 Ja-Stimmen, 73 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgegeben. – Herr Wowereit, nehmen Sie die Wahl an?

[Oh! von der CDU –
Mieke Senftleben (FDP): Eng!]

Klaus Wowereit (SPD):

Ja, ich nehme die Wahl an!

[Langanhaltender Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Das Amt des Regierenden Bürgermeisters beginnt mit der Annahme der Wahl. Herzlichen Glückwunsch, Herr Regierender Bürgermeister, alle Gute für Ihre Amtsführung! Das Amt darf aber erst nach der Vereidigung ausgeübt werden. Ich bitte Sie, mit mir zusammen in die Mitte des Plenarsaals an die Mikrofone zur Vereidigung zu kommen.

[Moment! von der CDU –
Keine Kanzlermehrheit! von den Grünen]

Ich bin gerade darüber belehrt worden, dass die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen bei 75 Stimmen liegt. Damit war die Wahl nicht erfolgreich.

[Anhaltender Beifall bei der CDU,
den Grünen und der FDP]

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion hat das Wort – bitte schön!

[Zurufe von der FDP und den Grünen]

Michael Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beantrage eine Sitzungsunterbrechung von einer Stunde, damit wir die Situation beraten können. – Vielen Dank!

[Neuwahl! von der CDU –
Zurufe von der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Müller! – Die Sitzung wird für eine Stunde unterbrochen.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.05 bis 16.07 Uhr]

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung wieder. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir uns noch im Tagesordnungspunkt 1 befinden, und zwar Wahl und Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters. Der erste Wahlgang ist abgeschlossen. Mir ist mitgeteilt worden, dass der zweite Wahlgang nun erfolgen kann.

[Nicolas Zimmer (CDU): Vielleicht zählen Sie diesmal richtig!]

Ich bitte die Mitarbeiter, wieder die Wahlkabinen aufzustellen.

[Nicolas Zimmer (CDU): Wer hat den zweiten Wahlgang denn beantragt?

– Die SPD hat ihn beantragt. Dies wäre aber gar nicht nötig: Nach § 75 unserer Geschäftsordnung wird der Regierende Bürgermeister mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen mit verdeckten Stimmzetteln gewählt. Kommt beim ersten Wahlgang eine Entscheidung nicht zustande, so wird die Wahl wiederholt. In dieser Situation befinden wir uns jetzt.

Nun bitte ich die Beisitzerinnen und Beisitzer, an den Wahlkabinen bzw. Wahlurnen Aufstellung zu nehmen, um die Ausgabe der Stimmzettel vorzunehmen und deren Abgabe zu kontrollieren. Frau Kollegin Hertel bitte ich, die Namen der Abgeordneten zu verlesen.

Ich weise darauf hin, dass die Fernsehkameras in den „Schwalbennestern“ nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden dürfen. Alle Plätze direkt hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum bitte ich freizumachen.

Dann bitte ich um Aufruf der Namen und die Ausgabe der Stimmzettel. – Frau Hertel, Sie haben das Wort!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Hatten alle Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Beisitzer um Auszählung. Die Sitzung wird für die Dauer der Auszählung unterbrochen.

[Auszählung]

Präsident Walter Momper

Sind alle Berechtigten wieder im Saal, und haben alle Nichtberechtigten den Saal verlassen? – Dann bitte ich, die Plätze einzunehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: abgegebene Stimmen: 149, Ja-Stimmen: 75,

[Langanhaltender Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion]

Nein-Stimmen: 74. Ich stelle fest, dass mit 75 Ja-Stimmen das erforderliche Quorum der Hälfte von 149 erreicht worden ist. Damit ist der Abgeordnete Wowereit zum Regierenden Bürgermeister gewählt. – Herr Wowereit! Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Klaus Wowereit (SPD):

Ich nehme die Wahl an.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! –

[Anhaltender Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion]

Das Amt darf erst nach der Vereidigung ausgeübt werden. – Ich bitte Sie, Herr Wowereit, zur Vereidigung mit mir zusammen in die Mitte des Plenarsaals an die Mikrofone zu kommen.

[RBm Wowereit kommt nach vorn.]

Ich bitte die Kollegen Fotografen, auf die Knie zu gehen, sodass die Abgeordneten die Vereidigung sehen können.

Die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben.

[Die Anwesenden erheben sich.]

Meine Damen und Herren! Der Regierende Bürgermeister leistet vor dem Abgeordnetenhaus folgenden Eid, der nach § 4 des Gesetzes zur Neuregelung der Senatsbildung vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses vorgesprochen wird:

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch getreu der Verfassung und dem Gesetz zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

Die Mitglieder des Senats leisten den Eid mit der Schwurformel: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“ oder mit der Formel: „Ich schwöre es!“

Ich bitte Sie nunmehr um die Schwurformel, Herr Wowereit!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch getreu der Verfassung und dem Gesetz zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen. Das schwöre ich.

Präsident Walter Momper:

Herzlichen Glückwunsch!

[Anhaltender Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion]

Der Tagesordnungspunkt 1 unserer heutigen Sitzung, Wahl und Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, ist abgeschlossen. Zur Ernennung der weiteren Mitglieder des Senats hat der Regierende Bürgermeister um Unterbrechung der Sitzung gebeten. Somit ist die Sitzung für etwa eine Stunde unterbrochen.

[Unterbrechung der Sitzung von 16.39 bis 18.02 Uhr]

Meine Damen und Herren! Ich eröffne wieder die Sitzung und rufe auf:

Lfd. Nr. 2:**Vereidigung der übrigen Mitglieder des Senats**

Nach dem Gesetz zur Neuregelung der Senatsbildung werden die übrigen Mitglieder des Senats vom Regierenden Bürgermeister ernannt. Sie erhalten vom Regierenden Bürgermeister eine Urkunde über ihre Ernennung. In der Urkunde ist der Geschäftsbereich der Mitglieder des Senats zu bezeichnen. Hierzu liegt mir ein Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vor, in dem die Namen und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche aufgeführt sind. Sie alle haben das Schreiben vorliegen, sodass ich es nicht zu verlesen brauche. Auch die übrigen Mitglieder des Senats werden vor dem Abgeordnetenhaus vereidigt. Das Amt darf erst nach der Vereidigung ausgeübt werden. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren Senatoren, zusammen mit mir zur Vereidigung in die Mitte des Plenarsaals an die Mikrofone zu treten.

[Zuruf von der CDU: Kommt keiner! –

Die Mitglieder des Senats kommen nach vorn. –
Die Anwesenden erheben sich.]

Meine Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen haben sich von den Plätzen erhoben. Die Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters ist bereits erfolgt, und die von ihm ernannten Mitglieder des Senats leisten vor dem Abgeordnetenhaus folgenden Eid, der jetzt von mir vorgesprochen wird, und es braucht dann nur die Schwurformel geleistet zu werden:

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch getreu der Verfassung und dem Gesetz zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

Die Mitglieder des Senats leisten den Eid mit der Schwurformel: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“ oder: „Ich schwöre es!“

Ich bitte Sie nun einzeln, und zwar in der Reihenfolge des Schreibens des Regierenden Bürgermeisters und nach dem Ressort in alphabetischer Reihenfolge um Ihre Schwurformel. Frau Ingeborg Junge-Reyer! – Bitte schön!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Walter Momper:

Danke schön! Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute für die Amtsführung.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Frau Ingeborg Junge-Reyer wurde als Bürgermeisterin und Senatorin für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vereidigt.

Jetzt folgt Herr Harald Wolf, Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. – Bitte schön, Herr Wolf!

Bürgermeister Harald Wolf (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen):

Ich schwöre es!

Präsident Walter Momper:

Alles Gute! Herzlichen Glückwunsch! Gute Amtsführung!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Jetzt geht es weiter mit Herrn Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Senator für die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. – Bitte schön, Herr Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Walter Momper:

Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP]

Dann kommt Herr Dr. Thilo Sarrazin, Senator für die Senatsverwaltung für Finanzen – bitte schön!

Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):

Ich schwöre es!

Präsident Walter Momper:

Alles Gute! Herzlichen Glückwunsch! Viel Erfolg!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP]

Jetzt folgt Frau Katrin Lompscher, Senatorin für die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. – Bitte schön, Frau Lompscher!

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz):

Ich schwöre es!

Präsident Walter Momper:

Alles Gute! Viel Erfolg!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion -
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Nun Herr Dr. Ehrhart Körting, Senator für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport – bitte schön!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Walter Momper:

Viel Erfolg! Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute für Berlin!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP]

Nun Frau Dr. Heidi Knake-Werner, Senatorin für die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – bitte schön!

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Ich schwöre es!

Präsident Walter Momper:

Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute für die Amtsführung für Berlin!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Nun Frau Gisela von der Aue, Senatorin für die Senatsverwaltung für Justiz – bitte schön!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Ich schwöre es!

Präsident Walter Momper:

Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute bei der Amtsführung!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Präsident Walter Momper

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen und bitte, nun auf den Senatsplätzen Platz zu nehmen. Herzlichen Glückwunsch noch einmal, und alles Gute für Ihre Amtsführung für Berlin!

[Allgemeiner Beifall]

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wie Sie der Konsensliste entnehmen konnten, entfällt heute die Aktuelle Stunde, und auch die übrigen Tagesordnungspunkte sind etwas abgekürzt worden.

Ich rufe als Priorität der Fraktion der CDU den bisherigen Tagesordnungspunkt 15 auf:

Lfd. Nr. 4 a:

Antrag

Bei der Sanierung der Staatsoper darf der Wowerreit-Senat nicht länger kneifen

Antrag der CDU Drs 16/0057

Das ist vertagt worden. – Widerspruch höre ich nicht. – Vorabüberweisung an den Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten und an den Hauptausschuss wird gewünscht, wozu ich auch keinen Widerspruch höre.

Die Fraktion Die Linke hat auf die Benennung einer Priorität für die heutige Sitzung verzichtet.

Ich rufe als Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den bisherigen Tagesordnungspunkt 13 auf:

Lfd. Nr. 4 c:

Antrag

Nachtragshaushalt 2007 vorlegen!

Antrag der Grünen, der CDU und der FDP
Drs 16/0055

Auch dieser Antrag ist vertagt. Vorabüberweisung an den Hauptausschuss ist beschlossen, wenn ich keinen Widerspruch höre.

Ich rufe als Priorität der Fraktion der FDP den bisherigen Tagesordnungspunkt 18 auf:

Lfd. Nr. 4 d:

Antrag

Nach dem Karlsruhe-Urteil (III): Verkauf der GSG einleiten!

Antrag der FDP Drs 16/0062

Auch dieser Antrag ist vertagt. Vorabüberweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen und an den Hauptausschuss ist gewünscht und wird auch so beschlossen, weil ich keinen Widerspruch höre.

Unter dem vorgesehenen Tagesordnungspunkt 4 e hat die Fraktion der SPD für unsere heutige Sitzung auf eine Prioritätsmeldung verzichtet.

Der Tagesordnungspunkt 5 ist bereits durch die Konsensliste erledigt. Die lfd. Nr. 6 wurde auf Wunsch der antragstellenden Fraktion der CDU vertagt.

Damit komme zu

lfd. Nr. 7:

Wahl

von vier Personen des öffentlichen Lebens zu Mitgliedern des Rundfunkrates des Rundfunk Berlin-Brandenburg

Wahlvorlage Drs 16/0025

Wir kommen zur einfachen Wahl durch Handaufheben. Vorgeschrieben ist die Wahl mit einer Kandidatenliste nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren. Zur Wahl werden vorgeschlagen: von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Michael Müller und der Abgeordnete Frank Zimmermann, von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Friedbert Pflüger und von der Linksfraktion Frau Dr. Bärbel Grygier. – Wer die von mir Genannten zu wählen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke! – Die Gegenprobe! – Ersteres war die Mehrheit, Letzteres war die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind die vier Mitglieder des Rundfunkrates des Rundfunks Berlin-Brandenburg gewählt. – Herzlichen Glückwunsch und erfolgreiche Arbeit für Berlin!

[Beifall bei der SPD, der CDU und der Linksfraktion]

Die lfd. Nr. 8 wurde bereits über die Konsensliste vertagt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 9:

Wahl

der Mitglieder der G-10-Kommission des Landes Berlin

Wahlvorlage Drs 16/0066

Wir kommen zur einfachen Wahl durch Handaufheben. Von der Fraktion der SPD werden der Abgeordnete Thomas Kleineidam als Vorsitzender und Herr Bernd Schimmeler als Stellvertreter vorgeschlagen, ferner der Abgeordnete Dr. Fritz Felgentreu als Beisitzer und der Abgeordnete Tom Schreiber als Stellvertreter. Von der Fraktion der CDU sind der Abgeordnete Andreas Gram als Beisitzer und der Abgeordnete Frank Henkel als Stellvertreter vorgeschlagen worden. Die Linksfraktion hat die Abgeordnete Marion Seelig als Beisitzerin und Frau Minika Dott als Stellvertreterin vorgeschlagen. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind die Abgeordneten Volker Ratzmann als Beisitzer und Dirk Behrendt als Stellvertreter vorgeschlagen worden. Die Fraktion der FDP hat den Abgeordneten Sebastian Kluckert als Beisitzer und den Abgeordnete Björn Jotzo als Stellvertreter vorgeschlagen. – Wer die Genannten zu wählen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke! Das sind alle Fraktionen. – Gegenstimmen gibt es nicht, Enthaltungen ebenfalls nicht. Dann ist das einstimmig beschlossen worden. Damit sind die Mitglieder der G-10-Kommission

Präsident Walter Momper

des Landes Berlin gewählt. Auch hier herzlichen Glückwunsch und gute Arbeit für Berlin!

Die lfd. 10 ist bereits durch die Konsensliste erledigt.

Wir kommen zu

lfd. Nr. 10 A:

Dringliche Beschlussempfehlung

Vermögensgeschäft Nr. 17/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0072
Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß
§ 38 Abs. 1 GO Abghs

Der Dringlichkeit wird offensichtlich nicht widersprochen.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme. Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 17/2006 – Drucksache 16/0072 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint einstimmig zu sein. Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. – Enthaltungen sehe ich auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Die lfd. Nr. 11 finden Sie wiederum auf der Konsensliste.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 12:

Zusammenstellung

Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB

Drs 16/0052

Ausschussüberweisungsanträge liegen mir nicht vor. Dann stelle ich damit fest, dass das Haus von den drei Verordnungen der Liste Kenntnis genommen hat.

Die lfd. Nr. 13 war Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter der lfd. Nr. 4 c, das hatten wir also schon. Die lfd. Nr. 14 ist durch die Konsensliste erledigt. Der Tagesordnungspunkt 15 war Priorität der CDU unter der lfd. Nr. 4 a, das ist auch vertagt. Die lfd. Nr. 16 wurde auf Wunsch der antragstellenden Fraktion der CDU vertagt.

Die

lfd. Nr. 17:

Antrag

Auch illegale Geschäfte unterliegen der Steuerpflicht – Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung von Straftätern

Antrag der CDU Drs 16/0059

steht mit der Überweisung an den Rechtsausschuss ebenfalls auf der Konsensliste. Die Fraktion der CDU hat um zusätzliche mitberatende Überweisung an den Ausschuss

für Inneres, Sicherheit und Ordnung gebeten. – Widerspruch dazu höre ich nicht, dann ist das beschlossen.

Die lfd. Nr. 18 war Priorität der FDP unter der lfd. Nr. 4 d. Die Tagesordnungspunkte 19 und 20 sind durch die Konsensliste erledigt.

Dann kommen wir zu

lfd. Nr. 21:

Antrag

Verleihung der Berliner Ehrenbürgerwürde an Wolf Biermann

Antrag der CDU, der Grünen und der FDP
Drs 16/0036-Neu

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Zur Überweisung an den Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Donnerstag, den 14. Dezember 2006 um 13.00 Uhr statt. – Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluss der Sitzung 18.15 Uhr]

Anlage 1

Konsensliste

Der Ältestenrat empfiehlt, nachstehende Tagesordnungspunkte *ohne Aussprache* wie folgt zu behandeln:

- | | |
|--|---|
| <p>Lfd. Nr. 3:
Aktuelle Stunde
entfällt</p> <p>Lfd. Nr. 5: I. Lesung
Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für die Kalenderjahre 2007 bis 2011 und des Steuersatzes für die Grunderwerbssteuer
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0042
vorab an Haupt</p> <p>Lfd. Nr. 8: Wahl
von zwei Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Gewerkschaften zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Freien Universität Berlin sowie deren Stellvertreter/-innen
Wahlvorlage Drs 16/0053
vertagt</p> <p>Lfd. Nr. 10: Beschlussempfehlung
Nach dem Karlsruhe-Urteil: Senat muss umfassende Konsolidierungsmaßnahmen einleiten und einen Nachtragshaushalt 2007 vorlegen!
Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0046
Antrag der FDP Drs 16/0016
mehrheitlich gegen FDP abgelehnt
vertagt</p> <p>Lfd. Nr. 11: Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 3 VvB
Entwurf des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder
Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drs 16/0054
Kenntnis genommen
an Recht</p> <p>Lfd. Nr. 14: Antrag
Flughafen Tempelhof: Durch Planfeststellungsverfahren rechtssicher schließen und zukunftsfähig entwickeln
Antrag der Grünen Drs 16/0056
an StadtVerk</p> | <p>Lfd. Nr. 17: Antrag
Auch illegale Geschäfte unterliegen der Steuerpflicht – Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung von Straftätern
Antrag der CDU Drs 16/0059
an Recht</p> <p>Lfd. Nr. 19: Antrag
Nach dem Karlsruhe-Urteil (IV): Den Verkauf der WBM haushalts- und stadtentwicklungspolitisch nutzen
Antrag der FDP Drs 16/0060
an BauWohn und Haupt</p> <p>Lfd. Nr. 20: Antrag
„Architektonische Leuchttürme“ für Berlin
Antrag der FDP Drs 16/0061
an StadtVerk</p> |
|--|---|

Anlage 2

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Wahl und Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Gemäß Artikel 56 Abs. 1 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 74 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wurde zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt und vereidigt:

Klaus Wowereit

Vereidigung der übrigen Mitglieder des Senats

Gemäß Artikel 56 Abs. 2 der Verfassung von Berlin und § 3 Abs. 1 des Senatorengesetzes wurden vereidigt:

Ingeborg Junge-Reyer,
Bürgermeisterin und Senatorin für die
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Harald Wolf,
Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung
für Wirtschaft, Technologie und Frauen,

Dr. Jürgen Zöllner,
Senator für die Senatsverwaltung für Bildung,
Wissenschaft und Forschung,

Dr. Thilo Sarrazin,
Senator für die Senatsverwaltung für Finanzen

Katrin Lompscher,
Senatorin für die Senatsverwaltung für Gesundheit,
Umwelt und Verbraucherschutz

Dr. Ehrhart Körting,
Senator für die Senatsverwaltung für Inneres und
Sport

Dr. Heidi Knake-Werner,
Senatorin für die Senatsverwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales

Gisela von der Aue,
Senatorin für die Senatsverwaltung für Justiz

Wahl von vier Personen des öffentlichen Lebens zu Mitgliedern des Rundfunkrates des Rundfunk Berlin-Brandenburg

Das Abgeordnetenhaus wählt gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 24 des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg vom 25. Juni 2002 (GVBl. 2002 S. 332) vier Personen des öffentlichen Lebens für vier Jahre zu Mitgliedern des Rundfunkrates.

Zu Mitgliedern wurden gewählt:

auf Vorschlag der Fraktion der SPD:

Abg. Michael Müller (SPD),
Abg. Frank Zimmermann (SPD)

auf Vorschlag der Fraktion der CDU:

Abg. Dr. Friedbert Pflüger (CDU)

auf Vorschlag der Fraktion Die Linke:

Frau Dr. Bärbel Grygier

Wahl der Mitglieder der G-10-Kommission des Landes Berlin

Gemäß § 2 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes (AG G 10) des Landes Berlin wählt das Abgeordnetenhaus eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter – jeweils mit Befähigung zum Richteramt – und eine der Anzahl der im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Fraktionen entsprechende Anzahl von Beisitzern.

Es wurden gewählt:

zum Vorsitzenden:

Thomas Kleineidam (SPD)

zum stellv. Vorsitzenden:

Bernd Schimmmler (SPD)

zu Beisitzern/Beisitzerinnen:

Dr. Fritz Felgentreu (SPD)

Andreas Gram (CDU)

Marion Seelig (Die Linke)

Volker Ratzmann (Grüne)

Sebastian Kluckert (FDP)

zu stellv. Beisitzern/Beisitzerinnen:

Tom Schreiber (SPD)

Frank Henkel (CDU)

Minka Dott (Die Linke)

Dirk Behrendt (Grüne)

Björn Jotzo (FDP)

**Vermögensgeschäft Nr. 17/2006 des Verzeichnisses
über Vermögensgeschäfte**

Dem Verkauf von insgesamt 14 592 m² großen Flächen der Flurstücke 85, 89, 95, 99, 105, 109, 111, 115, 117, 118, 119, 121, 131 und 135, Flur 4, Gemarkung Siethen, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Zossen von Siethen Blatt 98, zu den Bedingungen des am 8. September 2006 zur Urkundenrolle Nr. 584/2006 des Notars Rüdiger Neumann in Berlin beurkundeten, unter Vorbehalt geschlossenen Vertrages wird zugestimmt.